

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Sablan, Magdeburg. Verlags- und Druckerei: Druck von Franz Wetzlar, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Breiteweg 89-90, 8 Treppen. Fernsprecher 1567.

Veränderungslos zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljahr. (incl. Dringertrommel 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf.). Per Kreisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 zgl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Beilage) sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inlettsgebühren die stündliche Beilage 15 Pf. Post-Beleggebühren Nr. 7779

Nr. 269.

Magdeburg, Donnerstag, den 16. November 1899.

10. Jahrgang.

Donnerstag Parteiversammlung im Dreikaiserbund.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die erste Sitzung.

Der Reichstag hat am Dienstag wieder zu tagen begonnen. Da es sich traf, daß die erste Sitzung nach der Vertagung zugleich die 100. dieser Session war, so war der Sitz des Präsidenten mit einem gewaltigen Blumenstrauß geziert. Das Haus war leblich besetzt; die meisten Parteimitglieder waren zur Stelle; auch Herr v. Stumm ist von seiner Krankheit genesen und kann mit frischen Kräften der Verschmelter der Sozialdemokratie sich widmen.

Zunächst standen auf der Tagesordnung Petitionen verschiedener Art, meist herzlich uninteressante, die durch die Berichterstatter — unter denen das geistliche Element beider Konfessionen stark vertreten war — nicht eben anregender wurden.

Eine längere Debatte entfesselte die Petition des bekannten christlich-sozialen Pastors v. Bodelschwingh-Wielefeld und des Licentiaten Weber-München-Glabach, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine um Erlass eines Reichswohnungsgesetzes ersucht. Während die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung vorschlug, beantragte der nationalliberale Professor Haffe Ueberweisung der Petition als Material an die Reichsregierung, der Abg. Schrader (freis. Vg.) dagegen die Einsetzung einer besonderen Enquetekommission, in der auch Mitglieder des Reichstags Sitz und Stimme haben sollen.

Die Mehrzahl der Redner aus dem Hause sprach sich im Sinne des Schraderschen Antrages aus, der dann auch zur Annahme gelangte. Der Abg. Fischbeck (freis. Vp.) sprach eigentlich etwas sozialpolitischer, als einem Knappen Eugen Richter ziemt. Hopsprenger a. D. Stöcker benutzte die Gelegenheit, das beliebte konservativ-sentimental-spießbürgerliche Loblied auf das „deutsche Heim“ und das „deutsche Familienleben“ zu singen. Dagegen verfehlten die sozialdemokratischen Redner Schmidt-Frankfurt und Wurm, ob sie sich gleich im Sinne des Schraderschen Antrages ausdrücken, nicht, auf den reaktionären Pferdefuß hinzuweisen, der aus allen den „christlich-konservativen“ Arbeiterwohnungsbestrebungen hervorgeht. Amüßant war es, wie Schmidt verstand, Herrn v. Miquel als Schwurzeugen für seine Ausführungen zu citieren — und zwar nicht etwa den Miquel der marxistischen Jugendjahre, sondern den von 1888, der doch schon ein recht respektabler Herr geworden war. Für das sozialpolitische Tempo, das unsere Regierung liebt, ist es bezeichnend, daß der Geh. Oberregierungsrat Gruner, soweit seine Ausführungen auf der Tribüne verständlich waren, gegen den Schraderschen Antrag sich aussprach!

Darauf wandte sich die Debatte jenen Petitionen zu, welche ein Gesetz zur Verhütung der Trunksucht verlangen. Die Kommission beantragte Ueberweisung der Petitionen als Material an die Reichsregierung; dagegen beantragte der freisinnige Volksparteiler Beckh-Koburg Uebergang zur Tagesordnung; er wies mit Recht darauf hin, daß ein Anti-Trunksuchts-Gesetz von vornherein ein Klaffen-Gesetz gegen die unteren Schichten des Volks sein werde. Genosse Wurm wies in überzeugender Weise nach, daß alle Trunksuchtsbekämpfung nichts sei denn ein Herumspießen an Symptomen, so lange man den wirklichen Nährboden des übermäßigen Alkoholgenußes, das Waffeln der Welt schaffe. Half alles nicht: die Konservativen und das Centrum, als dessen Wortführer Stephan-Beuthen austrat, ließen sich die Gelegenheit nicht nehmen, als Hüter der Moral — anderer Leute anzutreten; die Nationalliberalen, für die ihr Hospitant Quentzin in eine schwankende Erklärung abgab, machten mit; gegen eine aus Sozialdemokraten und Freisinnigen bestehende Minderheit ward der Antrag Beckh auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt.

Unter den weiteren Petitionen befand sich nur noch eine einzige von allgemeinerem Interesse. Es handelt sich um einen Vertrag, den die Intendantur eines Armeekorps abgeschlossen hat: ob dieselbe zu dem Abschluß eines solchen ohne Vorwissen des Kriegsministeriums berechtigt war, erscheint sehr fraglich. Daher denn auch Bebel Rückverweisung und zwar nicht an die Petitionskommission, sondern an die Budgetkommission beantragte. Der Antrag Bebel ward sogar von dem nationalliberalen Abg. Sattler unterstützt und mit sehr großer Mehrheit vom Hause angenommen, indem nur die Konservativen dagegen stimmten.

Darauf folgten Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg.

Smalatsch-Memel (Litthauer) wurde für gültig erklärt, dagegen die des Abg. v. Starzdorf (Npt.) beanstandet.

In der Mittwoch-Sitzung soll mit der zweiten Beratung der Postnovelle, sowie der Fernspreckgebührenordnung begonnen werden.

Wir geben nunmehr über die Dienstag-Sitzung den folgenden Bericht unseres M.-Korrespondenten:

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung, Dienstag, den 14. November, 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Pobjedonosty. Der Sitz des Präsidiums ist mit Blumen geschmückt. Präsident Graf Walckren begrüßt die Abgeordneten aufs herzlichste und bedankt sich für den schönen Blumenstrauß, der ausgesetzt, daß heute eine bedeutungsvolle, die hundertste Sitzung ist. Das Andenken des verstorbenen Abg. Gander (natl.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Berichte der Petitionskommission.

Dem Reichstanzler als Material überwiesen werden Petitionen betr. Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungsgesetzes, durch Uebergang zur Tagesordnung wird eine Petition betr. Reform des Jrenwesens und des Entmündigungsverfahrens erledigt. Bei der Petition betr.

Erlass eines Reichs-Wohnungsgesetzes verlangt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung, weil die Regelung dieser Angelegenheit Sache der einzelnen Bundesstaaten sei.

Abg. Dr. Haffe (natl.) spricht das Bedauern seiner politischen Freunde über den Kommissionsbeschluß aus und beantragt Aufhebung des Beschlusses, um Zeit zu gewinnen, der Regierung besser vorbereitetes Material vorzulegen. Ein Reichsgesetz ist hier jedenfalls notwendig, da die landesgesetzliche Regelung zu lange auf sich warten lassen würde.

Abg. Schrader (freis. Vg.): Die Regelung der Wohnungsfrage muß Sache der Einzelstaaten bleiben, das Reich kann nur gewisse allgemeine Grundzüge festlegen. Vor allem fehlt es am Interesse der Arbeitgeber. Nur einige Großunternehmer sorgen für Arbeiterwohnungen, weil sie sich nur so einen Stamm von Arbeitern erhalten können. Redner beantragt, selbständig vorzugehen, und eine aus Reichstags- und Bundesratsmitgliedern bestehende Kommission zum Zwecke von Erhebungen einzusetzen.

Abg. Dr. Hlze (Centr.) schließt sich dem Kommissionsantrage an. Er hält es für unpraktisch, daß von Reichswegen große Kapitalien zur Vorseitigung der Wohnungsnot flüssig gemacht werden. Das ist Sache der Einzelstaaten. Dem Abg. Haffe gebe er darin Recht, daß es nicht den Anschein haben darf, als behandle der Reichstag diese Frage oberflächlich.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.): So gut wie wir ein Reichswohnungs-Gesetz haben, können wir auch ein Reichswohnungs-Gesetz machen. Nicht nur in den großen Städten, sondern namentlich auch in den Industriedörfern ist es arg mit den Wohnungsverhältnissen bestellt. Durch das Zusammenpressen der Leute in den engen Wohnungen ergeben sich auch die größten Nachteile in Bezug auf die Sittlichkeit. Sogar Dr. Miquel hat darauf hingewiesen, daß für das Bauwesen von Reichswegen Normativbestimmungen getroffen werden müssen, da in den Kommunen nicht alle Klassen vertreten sind. Wichtig ist es mit der Vertretung in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen. Einer der größten Krebsgeschwüre ist, daß die Arbeiter durch die vom Unternehmern gebauten Arbeiterwohnungen direkt zu Sklaven der Unternehmer werden. Sie müssen die Wohnungen verlassen, sobald sie aus der Arbeit entlassen sind. Der Arbeiter ist dann vollkommen an die Scholle gebunden und muß alles thun, was ihm der Unternehmer vorschreibt, um nach Jahren in den Besitz eines Häuschens zu gelangen. Redner beantwortet den Antrag Schraders. Bahnbrechend auf dem Gebiete der Wohnungsfrage ist Dr. Miquel gewesen. Heute wird er wohl als Freund der Hausagrarier anderer Meinung sein. Früher wollte er die Bauern organisieren, damit sie sich bessere Existenzbedingungen schaffen. Das ist in der That das einzige Mittel zur Vorseitigung der Wohnungsnot, die Hebung der untersten Klassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Franke (natlib.) ist mit dem Antrag Schrader einverstanden, will aber, da er die Ablehnung desselben befürchtet, für den Antrag Haffe stimmen.

Abg. Stöcker (Christl.-Soz.): Der Notstand besteht darin, daß der Arbeiter den vierten, ja den dritten Teil seines Lohnes für die Wohnung zahlen muß. Dabei muß der Arbeiter Mieter aufnehme, wodurch die Wohnung moralisch, oft auch hygienisch verseucht wird. In den Arbeiterwohnungen entstehen die verheerenden Seuchen. Redner ist bereit, sowohl für den Antrag Haffe wie für den Antrag Schrader zu stimmen. Die Arbeiter verlangen vom Reich soziale Hilfe.

Abg. Wurm (Soz.) spricht für den Antrag Schrader, da in dieser Session gesetzgeberische Vorschläge auf Einschränkung bezw. Vorseitigung der Hausindustrie zur Verhandlung gelangen und die Hausindustrie nicht ohne gleichzeitige Regelung der Wohnungsfrage beseitigt werden kann. Auch für die Herren rechts gibt es ein weites Betätigungsfeld, die Arbeiterwohnungen auf dem Lande. Die Arbeiter werden den Wünschen der Unternehmer gefügig gemacht, auch wenn sie die Wohnungen nicht sofort räumen müssen; aber es giebt Kontrakte, die sofortige Räumung der Wohnung vorsehen. Und ein Unternehmer, von dem man es eigentlich nicht erwarten sollte, hat solche Kontrakte gelehrt: der preussische Staat. Beim letzten Streik im Saarrevier hat die preussische Bergwerksverwaltung die Arbeiter gelaßt auf die Straße gesetzt. Das ist inhuman. Das ist grausam. (Sehr richtig, bei den Soz.) Es muß auch darauf Bedacht genommen werden, daß der Arbeiter nicht ausschließlicher Besitzer eines eigenen Hauses wird. Der Arbeiter muß frei sein, um seine

Arbeitskraft so gut wie möglich zu verkaufen. Wir haben das größte Interesse an gefunden Wohnungen, da nur ein körperlich und geistig gesunder Arbeiter sich bessere Lebensbedingungen erringen kann. (Beifall bei den Soz.)

Geh. Oberregierungsrat Gruner (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) spricht sich gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Materie aus, zumal Wohnungs- und Baupolizei der Landesgesetzlichen Regelung unterläge. Ohne Aufwendung vieler Millionen sei auf diesem Gebiete nichts zu wollen. Der Antrag Schrader sei als verfrüht zu bezeichnen.

Abg. Fischbeck (freis. Vp.) beantwortet den Antrag Schrader. Der Professor v. Liszt habe mit Recht hervorgehoben, daß eine verständige Wohnungsreform mehr wert sei denn ein Duzend neuer Strafparagrafen. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen und unter Ablehnung des Antrags Haffe der Antrag Schrader auf Einsetzung einer besonderen Enquetekommission mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kommission beantragt eine Anzahl Petitionen, die eine Bekämpfung der Trunksucht fordern, dem Reichstanzler als Material oder zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Beckh-Koburg (freis. Vp.) hält es für ein Unglück, Polizei und Strafgesetzgebung gegen die Trunksucht mobil zu machen. Ein derartiges Gesetz würde sich als Klaffen-Gesetz schlimmster Art erweisen, da es voraussichtlich nur nach unten, nicht aber nach oben angewandt werden würde. Schwankende hohe Herren würden auch hinsichtlich von den Schulgelehrten sorgsam zum Wagen geleitet werden. (Heiterkeit.) Redner sei deshalb für Ablehnung des Kommissionsantrages und für Uebergang zur Tagesordnung. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Stephan-Beuthen (Centr.) steht auf einem ganz anderen Standpunkte als der Vorredner und bittet um Annahme des Petitionsantrages. Der Kampf gegen den Alkohol ist dringender meiner Meinung nach als eine neue Flotten- oder Militärvorlage. Der Beschluß der Petitionskommission drückt die Mißstimmung darüber aus, daß die Regierung nichts zur Bekämpfung der Trunksucht thut, wie es zumal im Interesse unserer Arbeiterbevölkerung geboten wäre.

Abg. Wurm (Soz.): Ein Gesetz gegen die Trunksucht, wie es in den Petitionen verlangt wird, würde nicht den geringsten sozialen Nutzen stiften. Die Trunksucht tritt überall am stärksten auf, wo die sozialen Verhältnisse die Bevölkerung veranlassen, sich durch betäubende Mittel über ihr Elend hinwegzuhelfen (Heiterkeit.) Denken Sie nur an die traurige Lage der armen Bergarbeiter in Ober-Schlesien, wenn Sie wissen wollen, was die Leute dazu treibt, zum Schnaps zu greifen. (Sehr richtig! links.) Wessern Sie die soziale Lage des Arbeiters, dann schwindet die Trunksucht von selbst. Vor 30-40 Jahren war die Zahl der Schnapsdestillen in Berlin weit größer als heute ein Verhältnis zur Bevölkerung. Ihre Verminderung ist nur durch die Hebung der sozialen Lage der Arbeiter zu erklären. Wenn der industrielle Arbeiter gegen Ausbeutung geschützt wird, so hilft das mehr, als alle Strafgesetze gegen die Trunksucht. Gewiß wird die Trunksucht auch durch den Mangel an Selbst-erziehung mit vermindert, wer aber ist schuld daran, wenn der junge Arbeiter sich geistig nicht ausbilden kann, wer schafft denn die schlechten Schulen? Wertwürdig, daß die Herren Agrarier sich als solche Gegner des Alkohols aufstellen. Schnapsstricken ist ein Verbrechen, wer aber Schnaps brennt bekommt Staatsprämien. (Große Heiterkeit.) Viel wäre schon gewonnen, wenn an Stelle des absolut schädlichen Schnapses das harmlose Bier tritt. Das ist aber nur bei sozialer Besserstellung des arbeitenden Volkes möglich. Ein Polizeigesetz würde der Polizei nur größere Möglichkeiten geben, die Arbeiterlokale noch unglücklicher als bisher zu behandeln. Schon jetzt sind die Arbeiterlokale auf Polizeistunde gesetzt, die z. B. für die Chlmaer-Destillen nicht existiert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Quentzin (natl.) ist vollkommen der Ansicht des Vorredners, daß die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter wesentlich geeignet ist, die Trunksucht zu beseitigen. Man muß aber auch auf anderen Wegen dem Ziele der Bekämpfung der Trunksucht zustreben. Vor allem ist einheitlicher Ausbau der Schantgesetze notwendig.

Abg. Dr. Stephan (Centr.): Es ist falsch, von vornherein jedes Gesetz abzulehnen, das den Polizeibehörden die Entscheidung in die Hand giebt. Nach einer Enquete von 1876 waren von 348 wegen Trunksucht Verurteilten 63 Prozent Trinker, von 773 wegen Körperverletzung Verurteilten 74 Prozent, von 954 wegen Not- und Unzucht Verurteilten 80 Prozent Trinker.

Abg. Beckh-Koburg (freis. Vp.): Gegen die Trunksucht können Sie gar nichts mit Strafen machen. Die Trunksucht ist eine Eigenschaft, die der Mensch an sich hat. (Große Heiterkeit.) Auch wird das Gesetz je nach der Klassenangehörigkeit des Trunkten zur Anwendung kommen und gegen eine solche Klassengesetzgebung verwarre ich mich auf das Entschiedenste.

Der Antrag Beckh wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Weitere Petitionen.

Eine Petition betr. die Abänderung eines Vertrages über die Ausführung eines militärischen Gebäudes beantragt die Petitionskommission der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Bebel (Soz.) bedauert, daß der Berichterstatter Jakobkötter (konf.) aufs Wort verzichtet. Petent hat mit der Intendantur des 15. Corps einen Vertrag abgeschlossen, dahin, daß er auf militärischem Boden ein Offizierskasino errichten soll gegen Mietsentschädigung und Ueberlassung des Bauplatzes nach 30-jähriger Mietsdauer. Der Petent ist bei dem Bau in finanzielle Schwierigkeiten geraten und vom Kriegsministerium ist sein Gesuch, ihm den Bauplatz zu verkaufen oder das Gebäude abzukaufen, abgelehnt worden. Es liegen hier starke etatsrechtliche Bedenken vor. War die Intendantur überhaupt berechtigt, einen solchen Vertrag zu schließen? Ich beantrage Zurückverweisung der Petition an die Budgetkommission.

Abg. Jakobvittler (konf.): In der Kommission ist mir die Roffage des Petenten erörtert worden und man war einstimmig der Meinung, daß hier ein Fehler begangen ist, der in irgend einer Weise wieder gut zu machen ist. Daher der Kommissionsbeschluss auf Ueberweisung zur Verlesung.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Am besten wäre es gewesen, wenn ich die Petitionskommission an die Budgetkommission gewandt hätte. Ich schließe mich dem Vortrage Webel an.

Abg. Webel (Soz.): Für den in Rede stehenden Fall liegt die Vermutung nahe, daß noch mehr solcher Verträge geschlossen worden sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Ich bestrafe der Zurechnung eines Verweigerers das Recht, solche Verträge ohne Einwilligung des Kriegsministeriums einzugehen. Dies scheint aber hier der Fall gewesen zu sein. Ich beantrage jetzt ausdrücklich, die Sache der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden.

Der Antrag Webel wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgen

Wahlprüfungen.
Die Wahl des Abg. v. Hardorf (Kp.) wird nach dem Antrage der Kommission beanstandet und Beweishebung über einige Protestpunkte beschlossen.

Die Wahl des Abg. Smalath (1. Königsberg, Pittauer) wird für gültig erklärt.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Postgesetznovelle und Fernsprechgebiührenordnung.)
Schluß 6 Uhr.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die **nationalliberale** Fraktion des Reichstags soll nach einer parteilichen Meldung in ihrer Mehrheit entschlossen sein, in der Frage der **Zuchthausvorlage** dem Herrn Wassermann beizutreten, der von einer Kommissionsberatung über die einer Verständigung über die Vorlage nichts wissen will. Die Stellung des **Centrums** ist noch durchaus unsicher. Vor allem verlautet nichts Bestimmtes darüber, ob die Liberale und Genossen ihre Änderungsanträge einbringen werden, durch die erst eine dritte Lesung ermöglicht werden kann. Die nächsten Tage müssen darüber Ausschluß bringen.

Die Stimmungsmache für die **neuen uferlosen Flottenpläne** an den offiziellen Stellen wird fortgesetzt. In den Münchener Neuesten Nachrichten vom 13. November lesen wir z. B.: „Fregatkapitän v. Heeringen weist zur Zeit in München, um mit den hiesigen maßgebenden Stellen wiederum Fühlung betreffend die weitere Aktion in der Flottenfrage zu nehmen. Am Sonnabend hatte er längere Unterredungen mit den Ministern Frhrn. v. Crailsheim und Frhrn. v. Nibel. Morgen wird er von dem Prinzregenten in Audienz empfangen werden.“ An Erfolg wird es dem Fregatkapitän nicht fehlen.

Die **Stenogramm-Korrektur** der Worte des Reichstagspräsidenten, die durch den Geheimrat Knack verübt worden ist, scheint im Reichstag nicht zur Sprache kommen zu sollen. Wenigstens berichtet der Vorwärts über die Sitzung des Seniorenkongresses, daß vor Eröffnung der Diskussion über die Geschäftsverteilung der Präsident erklärte, nach seiner Ansicht sei die Angelegenheit durch die von ihm erteilte Mäße und die nachfolgende Nichtigstellung der Korrektur erledigt. Dem Hause gegenüber trage er die Verantwortlichkeit für den Vorfall. Der Präsident fügte auf Anfrage des Abg. Webel dann noch hinzu, daß die Aenderung des Stenogramms nicht etwa auf Anregung von außen her, sondern durch die allerdings unberechtigten, von dem Präsidenten nicht kontrollierte Initiative des Reichstags-Bureaus erfolgt sei. Der Seniorenkongress trat der Aufassung des Präsidenten bei und erklärte die Angelegenheit als erledigt.

Der **deutsche Kaiser** will während seines **Aufenthaltes in England** offenbar jede Gelegenheit vermeiden, wo er durch eine politische Ansprache zu einer Entgegnung veranlaßt werden könnte. So erklärt sich die Ablehnung einer Willkommen-Adresse der Stadt Portsmouth, so die Absage des Frühstückes im Marlborough House in London. Die Reise wird überhaupt abgekürzt werden; neuerdings ist auch der Besuch bei Lord Lansdale auf Bowthorpe Castle abgefragt worden.

Unsere **Kolonien** haben wieder ein **Opfer** gefordert. Der Leutnant v. Drais, über dessen Ermordung in Kamerun englische Blätter vor einiger Zeit berichteten — das auswärtige Amt erklärte, es sei ihm kein Bericht hierüber zugegangen — ist nämlich thajischlich von den Eingeborenen ermordet worden. Sein Vater, der konservative Reichstagsabgeordnete v. Drais, hat diese betrübende Nachricht am Dienstag von dem Kolonialamt erhalten.

Parlamentarische Nachrichten.

Der **Seniorenkongress** des Reichstags hat beschlossen, daß zunächst die **Postgesetznovelle** und sodann die Vorlage über die **Schuldverschreibungen** beraten werden soll. Auch über die letztere liegt bereits der Kommissionsbericht vor. Sodann soll die zweite Beratung der **Zuchthausvorlage** vorgenommen werden. Die Generaldebatte über den **Etat** soll noch vor Weihnachten erledigt werden, vorausgesetzt, daß der Etat dem Reichstage rechtzeitig zugeht. Der Mittwoch soll, wie bisher, als **Schwermetag** zur Erledigung von Initiativanträgen aus dem Hause dienen. In der nächsten Woche soll mit der Beratung derselben begonnen werden; über ihre Reihenfolge bleiben die vor der Vertagung des Reichstags gefaßten Beschlüsse vorläufig in Geltung.

Die **württembergische Kammer** der Abgeordneten hat ihre Beratungen am Dienstag wieder aufgenommen und das Gesetz über die **Wandergewerbesteuer** einstimmig angenommen. Das Centrum hat einen Antrag auf Einführung einer Umfahlgeld für Warenhäuser eingebracht.

Eröffnung der französischen Kammer.

Die französische Kammer wurde am Dienstag unter großem Andrang des Publikums wieder eröffnet. Der Vorsitzende **Deschanel** verliest zunächst zahlreiche Interpellationsanträge. **Ministerpräsident Waldeck-Rousseau** verlangt, daß alle Interpellationen bezüglich der allgemeinen Politik der Regierung in eine einzige zusammengezogen und daß mit der Debatte darüber sofort begonnen werde. Die Kammer giebt ihre Zustimmung. Die Rechte unter Führung **Cassagnacs** und **Vassies** veranlassen eine lärmende Scene, weil der Präsident **Deschanel** es ablehnt, einen Brief **Deroulés** zu verlesen. (Die Abendblätter publizieren den erwähnten Brief **Deroulés** an **Deschanel**. **Deroulés** protestiert darin dagegen, daß man seine Freilassung verlange, er möchte aber bei den Abstimmungen seinen Stimmzettel durch einen Freund abgeben lassen.)

Schließlich gelangt der konservative **Dennis Cochin** zum Wort, um die allgemeine Politik der Regierung zu kritisieren. Der Redner wirft der Regierung vor, das Land durch eine systematische Agitation für die Politik des Herrn **Millerand** aufzuheizen und die Franzosen in zwei feindliche Lager getrieben zu haben. (Beifall rechts; vereinzeltes Händeklatschen in der Mitte.) **Cochin** ironisiert weiterhin die Anwesenheit **Gallifets** in dem gegenwärtigen Kabinett. Die Nationalisten suchen **Gallifet** durch Zwischenrufe zu reizen; der Kriegsminister bleibt jedoch äußerst ruhig auf seinem Platze.

Nach Cochin ergreift **Grandmaison**, ebenfalls von der Rechten, das Wort gegen die Regierung. Er tadelt den Kriegsminister **Gallifet**, weil er es nicht verstanden habe, das Heer zu verteidigen, und wendet sich gegen die Maßregeln, welche **Gallifet** gegen die Generale **Jévaès** (Sozialist) verlangt, die Regierung solle die Wachsenschriften des **Klerikalismus** und **Militarismus** unterdrücken; er fordert Trennung der Kirche vom Staat, und Stellung der Krankenhäuser unter Laienverwaltung. Ferner solle an die Stelle des gegenwärtigen Heeres ein aus Milizen bestehendes Volkshier treten. (Widerpruch auf verschiedenen Seiten.)

Vassies (Nationalist) tadelt lebhaft die gegen verschiedene Offiziere ergriffenen Maßregeln und fügt hinzu, die Offiziere wären sehr im Recht, wenn sie sagten: „Diese Regierung ist die Schande.“ (Widerpruch auf mehreren Seiten, **Vassies** wird zur Ordnung gerufen.) **Vassies** fährt fort: Seit zwei Jahren wird das Heer angegriffen, jedoch nicht verteidigt. Einer solchen Regierung gegenüber ist Disziplinlosigkeit Pflicht! (Widerpruch von verschiedenen Seiten; die Censur wird über **Vassies** verhängt.)

Kriegsminister Gallifet erhebt gegen die Ausführungen **Vassies** scharfen Widerspruch. Er sagt, das Heer habe gar nicht das Recht, zu sprechen (Wiederholter Beifall auf der Linken); er bedauere keines seiner Worte und keine seiner Amtshandlungen. Unter Unterbrechungen durch die Rechten und die Nationalisten rechtfertigt **Gallifet** die Maßregeln, die gegen verschiedene Offiziere ergriffen wurden, und sagt, General **Mogé** habe zu viel geredet. (Beifall links.) Was General **Négrier** betreffe, so habe er vor den Offizieren die Meinung geäußert, die Regierung lasse Angriffe auf das Heer zu; wenn aber das Maß dieser Angriffe voll wäre, würden andere seine Verteidigung in die Hand zu nehmen wissen. (Rufe rechts: Hoch **Négrier**.) Er, **Gallifet**, habe seine Schuldigkeit gethan, als er gegen **Négrier** vorging. (Wiederholter Beifall auf der Linken.) **Gallifet** schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Ich bin für die Mannszucht im Heere verantwortlich, wenn ich auch mit den innersten Gedanken jedes Einzelnen mich nicht zu befassen habe.“ (Wiederholter Beifall links, Lärm auf der Rechten und bei den Nationalisten.)

Darauf bezieht **Cassagnac** die Rednertribüne. Er führt aus, die **Begnadigung Dreyfus** sei für das Heer ein Schlag ins Gesicht gewesen. Die Regierung nehme das Heer, das verleumdet und beleidigt werde, nicht in Schutz. **Viviani** (Sozialist) äußert, seine Partei sei bereit, die Regierung zu unterstützen, deren Vorlagen sie als das Minimum ihrer Forderungen acceptierten.

Darauf wird die Sitzung aufgehoben; nächste Sitzung Donnerstag.

Nachrichten aus dem Auslande.

Die neue Session der **belgischen Kammer** ist am Dienstag ohne Feierlichkeit eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde **Beernaert** wiedergewählt.

In den Betrachtungen, welche die **französische** Presse der begonnenen **Kammer tagung** widmet, herrscht die Ueberzeugung vor, daß zwar die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und ihren Gegnern stürmisch sein werden, der Bestand des Ministeriums jedoch vorerst keine Gefahr läuft. Man erwartet als Abschluß der Redenschäftsforderungen eine Vertrauens-Tagesordnung, die mit 60 bis 80 Stimmen Mehrheit angenommen werden dürfte. — Oberstleutnant **Piquart** fordert in einem kräftigen Schreiben an **Waldeck-Rousseau**, vor Gericht gestellt zu werden; es heißt darin: „Es ist bald ein Jahr her, daß ein Befehl des Pariser Militärgouverneurs mich wegen Fälschung, Gebrauchs einer Fälschung und verschiedener Uebertretungen des Spionagegesetzes in Anlagelast versetzte. Es kann nicht geduldet werden, daß ich endlos unter einem Anlagelast bleibe, dessen Absichten durch die Ereignisse der letzten Monate eigentümlich betrachtet werden. Ich fordere Richter! Ich fordere dringend, daß mir gestattet sei, öffentlich nachzuweisen, daß die Beschuldigungen gegen mich auf Betrug und Lüge beruhen. Zwei der Zeugen gegen mich, **Gonse** und **Gribelin**, sind noch unangeklagt in ihren militärischen Stellungen, keine Untersuchung hat noch **Gonse** verdächtige Rolle in der **Henryschen Fälschungssache** aufgedeckt, kein Gericht hat ihn noch für seine Ränke gegen mich zur Verantwortung gezogen, namentlich für seine Mächtigkeiten mit der **Speranza-Fälschung**. Auch **Gribelin** ist weder verurteilt noch selbst verfolgt. **Henrys** Zeugnis ist hinfällig geworden.“

Es ist unabweisbar, daß auch **Gonse** und **Gribelin** Rolle klar festgestellt werde. Ich bitte also um die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung. Salbamtliche Gerichte sprechen von einer Amnestie, die alle Untersuchungen gegen in der Dreyfussache bloßgestellte Personen niederlagern würde. Ich stoße jeden Amnestiegedanken mit allen Kräften zurück. Beschleunigung ist nur durch regelmäßiges unparteiisches Verhalten der Berechtigten zu erlangen. Einen ungerecht angeklagten Mann amnestieren heißt, ihm die stitliche Genugthuung vorenthalten, die zu fordern sein Recht ist, heißt, das Unbehagen und die Unzufriedenheit endlos verlängern.“ — Der Senat hat sich nach einer rein formellen Sitzung auf unbestimmte Zeit vertagt, um weiter als Staatsgerichtshof zu tagen. — **Méline** hielt in einer Versammlung der Gruppe der progressivsten Abgeordneten eine Rede, worin er erklärte, daß die Dreyfuss-Angelegenheit beendet sei und um keinen Preis mehr aufgerollt werden könne, da dies die allgemeine Entrüstung hervorrufen würde.

In einer Versammlung der verbündeten Fraktionen der **italienischen** Radikalen, Republikaner und Sozialisten fand eine äußerst lebhaft erörterte Sitzung über die Beteiligung an der Eröffnung des Parlaments und über die Haltung gegenüber dem Regierungsprogramm statt. Es wurde beschlossen, einmütig und nötigenfalls mittelst Obstruktion den Kampf für die Erhaltung der öffentlichen Freiheiten fortzusetzen, die Verletzung des Ministeriums in Anlagelast zu beantragen und die Beteiligung an der Eröffnungsfeier den einzelnen zu überlassen. Das Parlament wurde vom König in Person eröffnet. Stundgebungen werden nicht gemeldet. Die Thronrede enthält nur belanglose Nennungen und von den Flottenplänen kein Wort.

Auf den **Philippinen** haben die Amerikaner wieder einmal einen „entscheidenden Sieg“ erfochten. Sie wollen **Tarlac**, den Hauptstiz der philippinischen Regierung und ihrer militärischen Organisation, eingenommen haben. „Der Fall **Tarlac** bedeuete das Ende aller weiteren wirksamen Unternehmungen der Philippinen. Aguinaldos Macht sei nun gebrochen.“ In der That? Nicht zum ersten Male haben die Amerikaner **Tarlac** besetzt, schon im Oktober konnte General **Olis** nach Washington melden, daß er mit der Wegnahme von **Tarlac** den Winterfeldzug verheißungsvoll eröffnet habe. Wenige Tage darauf war **Tarlac** aber wieder in der Gewalt der Tagalen. Hat damals die Besetzung **Tarlacs** durch die Amerikaner die Widerstandskraft der Philippiner nicht geknickt, so ist auch nicht einzusehen, warum jetzt die erneute Wegnahme der Stadt durch den Feind so schwere Folgen für sie haben sollte. Im Laufe des Freiheitskampfes gegen die Amerikaner haben die Philippiner den Sitz ihrer Regierung bereits wiederholt verlegt, ohne Schaden zu leiden, und ihre militärische Organisation an **Tarlac** ebenso wenig gebunden wie an irgend einen andern Ort auf Luzon. Das wird auch diesmal der Fall sein. Die amerikanische Meldung hat daher eine verzweifelte Resultlichkeit mit den ersten Siegesnachrichten der Engländer gegen die Buren.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Situation bei **Lady Smith** stellt sich nach einem Bericht der Kabelkorrespondenz sehr übel dar. Danach hat **White** nicht nur die Stadt **Lady Smith** selbst geräumt, sondern er hat auch das alte Lager aufgegeben (es handelt sich dabei offenbar um das gewöhnliche **Garrioulager** der sonst stets in **Lady Smith** liegenden 3000 Mann) und ist nun in seinem besetzten südlich von der Stadt gelegenen eigentlichen Lager eng eingeschlossen. Bei dieser Operation soll er den hauptsächlichsten Teil seiner Vorräte verloren haben. Ferner heißt es, daß die Buren ihn nun auch noch das Wasser abgeschnitten hätten. Da das Lager nicht direkt am Flusse liegt, so kann er für sich und seine Truppen nicht einmal von diesem Wasser schöpfen und um schnellgebrachte Hilfe wäre im Stande, ihn zu retten. Da das alte Lager dicht an den Wasserwerken lag und diese völlig beherrschte, so beweist die Thatsache, daß ihm das Wasser abgeschnitten, schon an sich die Wichtigkeit dieser Meldungen. Die Bürgerschaft, welche sich unter die Burenkanonen des **Simbulwana** gerettet hatte, bezog ihr Wasser aus dem Klipflusse.

Au sonstigen Nachrichten verzeichnen wir folgendes: Aus **Durban** berichten die Times: Das **Burgerheer** „**Terrible**“ ist hier eingetroffen. Die Mannschaften haben Tag und Nacht gearbeitet, um die schweren Geschütze zur Verteidigung von **Durban** ans Land zu bringen. Andere Verteidigungsarbeiten sind ebenfalls ausgeführt worden. Eine Abtheilung von 100 Mann wurde ausgeschickt. Ein Datum ist hierbei nicht angegeben.

Zur Abwechslung werden nun die **Bajutos** als Verbündete der Buren, gegen die sie sich erhoben haben, soeben bezeichnet. Eine Depesche aus **Mafers** vom 8. November lautet: „Es sind Anzeichen vorhanden, daß der **Bajutshauptling** Joel sich den Buren anschließen wird. Die andern Häuptlinge verhalten sich den Engländern gegenüber loyal.“

In **Kapstadt** ist das Transportschiff „**Britannic**“ eingetroffen. Somit sind seit Donnerstag 12 Transportschiffe mit insgesamt etwa 15 000 Mann Verstärkungen am Kap angekommen.

Der **Frankfurter Generalanzeiger** erhielt aus dem Hauptquartier des Generals **Foubert** einen Privatbrief vom 21. Oktober über den Kampf bei **Glencoe**. Nach diesem Brief wurden am 20. Oktober bei **Glencoe** auf Seiten der Buren unter **Lukas Meyer** 10 Mann getötet, 27 verwundet, während auf Seiten der Engländer 39 Mann fielen, 171 verwundet und außerdem hundert Infanteren gefangen genommen wurden. Das Geschick dauerte acht Stunden. Die Buren waren mit 1000 Mann und einer Batterie, die Engländer mit 4000 Mann und zwei Batterien an dem Kampfe beteiligt. Als eine zweite Burenabteilung unter **Grasmus** herankam, zogen sich die Engländer nach **Dundee** zurück. Das giebt ein anderes Bild, als es die englische Censur zu zeichnen für gut befand.

Das Resultat der Stadtverordneten-Wahlen.

Die Stadtverordneten-Wahlen haben am Dienstag, wie vorausgesehen war, mit dem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten geendet. Von den drei zur Wahl stehenden Mandaten der 3. Wählerklasse sind zwei neu erobert, das dritte behauptet worden. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament ist dadurch auf fünf angewachsen; die nächstjährigen Wahlen werden uns einen neuen Zuwachs bringen, denn wenn sich mit Sicherheit eine Lehre aus dem Wahlergebnis ziehen läßt, dann ist es diejenige, daß in Magdeburg die dritte Wählerklasse, wenigstens in den Vorstädten, der Sozialdemokratie gehört. Das Stimmverhältnis gestaltete sich an beiden Tagen folgendermaßen:

In **Buckau** erhielten:

	1. Wahltag	2. Wahltag	Zusgesamt
Haupt (Soz.)	1212	474	1686 Stimmen
Duchstein (Mischmasch)	533	716	1249 "

In **Neustadt** erhielten:

	1. Wahltag	2. Wahltag	Zusgesamt
Schmidt (Soz.)	1029	951	1980 Stimmen
Richert (Soz.)	1019	905	1924 "
Ends (Mischmasch)	618	808	1426 "
Weyer (Mischmasch)	621	804	1425 "

Gewählt die Genossen Schmidt und Richert.
Vergleichen wir das Endergebnis der Wahl in diesem Jahre mit der letzten, in diesem Bezirke stattgefundenen Wahl, dann kommen wir zu folgendem Ergebnis:

In **Buckau** wurden abgegeben

1897	1153 (Soz.)	1095 (Mischmasch)	Stimmen
1899	1686	1242	"
Zunahme	533	Zunahme	217 Stimmen.

In diesem Wahlbezirk hat sich seit 1897 die Zahl der Wähler von 3896 auf 5208 vermehrt. Von diesen machten in diesem Jahre 2998 von ihrem Stimmrecht Gebrauch, 750 mehr als im Jahre 1897. Von der Stimmzunahme entfällt der Löwenanteil auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, der 533 Stimmen mehr erhielt als im Jahre 1897, während der bürgerliche Kandidat, der bisherige Vertreter dieses Bezirkes, nur eine Stimmzunahme von 217 zu verzeichnen hat.

In der **Neustadt** liegt der Verhältnis etwas anders. Dort wurden abgegeben

1898	1886 (Soz.)	975 (Mischmasch)	Stimmen
1899	1980 (Soz.)	1426 (Mischmasch)	Stimmen
Zunahme	94	Zunahme	451 Stimmen.

Da in der Neustadt jeder Wähler zwei Kandidaten zu wählen hatte, haben wir bei dieser Zusammenstellung die größte Stimmzahl, die auf einen der beiden Kandidaten entfiel, als für die betreffende Partei abgegeben betrachtet. Von 7932 eingeschriebenen Wählern machten in diesem Bezirke 3406 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gegen 2861 im vorigen Jahre. Die Zunahme beträgt 545; diese Stimmzunahme kam fast vollständig den bürgerlichen Kandidaten zu gute. Während unsere Kandidaten 94 Stimmen mehr erhielten, beträgt die Zunahme bei der bürgerlichen Parteien 451 Stimmen. Der Grund hierzu liegt einmal in dem Umstande, daß am ersten Wahltag eine große Anzahl Wähler, die zum überwiegenden Teile sozialdemokratisch gewählt hätten, ihre Stimmen nicht mehr abgeben konnten, weil die Wahlhandlung punkt 7 Uhr geschlossen wurde. Dadurch erleiden wir etwa einen Verlust von 100 Stimmen. Andererseits haben aber auch die Gegner alles aufgeboten, um den letzten Mann zur Urne zu schleppen. Es handelt sich um einen Entscheidungskampf zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie. Überlegen wir diesmal, dann können wir die Hoffnung, in der dritten Wählerklasse Mandate zu erobern, endgültig aufgeben; so lautete der Refrain aller Nieten der „Ordnungsparteier“ vor der Wahl. Dieser Erkenntnis entsprechend haben die Herren denn auch gehandelt, in Buckau sowohl, als auch in der Neustadt. Fieberhafte Tätigkeit herrschte bei ihnen, alle Beamte, alle abhängigen Arbeiter und Angestellte, die christlichen Arbeiter und die Gewerkschaftler, sie alle traten bis zum letzten Mann an die Wahlurne heran und wählten, natürlich „freiwillig“, die Kandidaten der „Ordnungsparteier“. Ein Blick in die Wählerlisten überzeugt sofort davon, daß beinahe gar keine Beamte es verschäumt haben, ihr Wahlrecht auszuüben, die meisten der Wähler, welche der Urne fern blieben, sind Arbeiter. Wir dürfen somit wohl mit Recht sagen, daß die Gegner den letzten Mann zur Urne heran holten; sie brachten es fertig, in der Neustadt eine größere Stimmzunahme zu erzielen als wir, das ist aber auch der ganze Erfolg.

Die Kraftprobe ist gemacht, und das Resultat derselben ist, daß die bürgerlichen Parteien im Wahlkampfe unterlegen sind. Sie werden jetzt wohl selbst einsehen, daß die dritte Wählerklasse in Magdeburg, soweit die Vorstädte in Betracht kommen, der Sozialdemokratie gehört.

Die Wahl hat noch eine besondere Bedeutung dadurch erhalten, daß das Mandat des Genossen Albert Schmidt, welches ihm durch das bekannte Urteil des Magdeburger Landgerichts aberkannt worden war, auf neue, mit gesteigerter Stimmenzahl, dem Majestätsbeleidiger übertragen wurde. Damit hat die Bevölkerung Magdeburgs ein Urteil abgegeben über die Majestätsbeleidigungsprozesse im Allgemeinen und den Magdeburger Fall im Besonderen. Das das Urteil so ausfallen mußte, ist klar für jeden, der die Volksstimmung kennt, der weiß, wie die massenhafte Anhäufung der Majestätsbeleidigungsprozesse und die überaus harte Bestrafung im Falle Müller-Schmidt vom Volke empfunden wird.

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Tagesordnung der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung lautet: 1. Verpachtung städtischer Wälder. 2. Ueberweisung der für die Gasrohrverlegung in der Dörschdorferstraße zwischen Ebendorfer- und Zimmermannstraße bewilligten Mittel. 3. Er-

höhung der Etatmittel für die Unterhaltung der Gebäude der Bürger- und Turngeräte und der Klaffengeräte für 1899. 4. Gas- und Wasserrohrverlegung in der verlängerten Grünemannstraße. 5. Einriebung der Buckauer Magistratsstraße. 6. Kanalisation und Pflasterung der Popenstraße von der Monier- bis zur Wittenbergerstraße. 7. Bauerlaubnis für das Grundstück Alneburgerstraße 3. 8. Gelände-Austausch an der Roggenstraße 9. Neubau eines städtischen Museums. Hiernach eine nicht öffentliche Sitzung.

Neuroka! Eine der entschiedensten Ideen, an denen unsere Antisemiten krankt, ist die, daß die Sozialdemokratie im Solde des Börsenjudentums stehe. In zahllosen Antisemitenschriften sucht der Irrwahn, daß hinter den großen Beiträgen des „Mannes im Monde“ und der „Nordischen Wasserkrante“ zur sozialdemokratischen Parteikasse irgendwelche alttestamentarische Namen ständen. Beweise hat man zwar nicht. Über wozu auch? Was ein rechter Antisemit ist, der braucht keine Beweise. Wird ihm obendrein noch einer geliefert, so nimmt er ihn natürlich schmerzlos in den Kauf. Mit nützlichem Behagen werden daher die Leier der Deutschen Reform der Herren Dr. Bödel und v. Mosch in den letzten Nummern ihres Blattes lesen, daß nunmehr „zum ersten Male“ eine „Bestätigung“ dafür vorliege, daß die Sozialdemokratie die Börse beeinflusse. In einem Vorbericht des Berliner Tageblattes werde nämlich festgestellt, daß ein Artikel des Vorwärts zur Arbeiterfrage in Schloß eine leichte Abschwächung auf dem Montanmarkt veranlaßt habe. Mit guter Berechnung jecht das Antisemitenblatt hinzu: „Aus welcher Quelle der betreffende Artikel des sozialdemokratischen Hauptblattes geflossen ist, wäre interessant zu erfahren.“ Wir sind in der angenehmen Lage, das Interesse der Herren v. Mosch und Dr. Bödel zu befriedigen. Der Artikel des Vorwärts stammt inhaltlich von einem Konjunktur von Baillieulanten. Der alte Liebknecht, der ein anständiger Mann ist, weiß natürlich von dem Schwindel nichts. Aber die übrigen Vorwärts-Mitglieder sind an dem Konjunktur „beteiligt“. Der Kapitalismus, der beschrittener natürlich, herrscht in dem Redaktionspalast des Vorwärts. Wir können der Deutschen Reform nur raten, die Streitschriften des Vorwärts genau zu verfolgen. Wer ein bißchen zwischen den Zeilen lesen kann, wird reich dahinter kommen, wie sich der Einfluß des Baillieulanten, dessen Führung übrigens der „Mann im Monde“ hat, bemerkbar macht.

Die Preisverhöhrungen würden nach der von der Reichstagskommission angenommenen den Reichstag in den nächsten Tagen beschäftigenden Preisverhöhrungen „Dr. nung“ betragen:

bei Teilnehmeranzahl:	entweder nach der Pauschalgebühr:	oder nach der Einzelgesprächsgebühr:		
		a) Grundgebühr	b) Gesprächsgebühr	c) insgesamt mindestens
— 50	80 Mt.	—	—	—
— 100	100 "	60 Mt.	für jede Verhandlung 5 Pf.	80 Mt.
— 200	120 "			
— 500	140 "			
— 1000	150 "	75 Mt.	—	95 Mt.
— 5000	160 "			
— 20000	170 "	90 "	—	110 "
über 20000	180 "	100 "	—	120 "

Es ist allerdings noch fraglich, ob es bei den Beschlüssen der Kommission bleibt, oder ob sie im Plenum bei der zweiten Beratung eine Abänderung erfahren.

Vom Tage. Der Arbeiter Hermann M. aus Wahrensdorf ist vom Wagen gefallen und hat dabei einen Unterschenkelbruch erlitten. Der Arbeiter Robert F. und der Former Karl W. haben sich bei der Arbeit auf dem Grusonwerk beide Fröhe verbrannt. Die Verletzten fanden Aufnahme in der Judenburger Krankenanstalt. In der altstädtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme der Lehrer Walter F. aus Hohenbodeln, der vor etwa drei Wochen hier von der Pferdebahn überfahren worden ist und jetzt wegen Armverrenkung das Krankenhaus aufsucht hat; weiter der Drechsler Wilhelm D. wegen Zellgewebsentzündung in Folge einer Quetschung des linken Fingers; der Pferdepfleger Christoph M. wegen offenen Fingerschnitts; und der Arbeiter Gustav W., der sich einen Nagel in den linken Fuß getreten hat, wodurch eine Zellgewebsentzündung entstanden ist.

Unterhalb der Strombrücke am rechten Ufer ist ein **Kahn gesunken**, der mit ca. 6000 Centnern Mehl und Palmkernen besetzt ist. Derselbe erhielt durch Aufschwimmen auf den Grund ein Loch und sank so schnell, daß die Bemannung in aller Eile den Kahn verlassen mußte, um sich zu retten. Die Bemühungen, den Fracht durch Wasserpumpen des Wassers aus dem Kahn zu retten, scheinen vergeblich gewesen zu sein.

Leichentand. Die am Montag auf dem Stadtmarsch aus der Erde gelandete Leiche ist als die der Frau M. aus der Bogelgraffstraße erkannt worden. Sie hat sich in einem Anfall von Erisipeln nach langer Krankheit von Haus entfernt und ist in den Tod gegangen.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Wegen unlauteren Wettbewerbs sind angeklagt: 1. Der vorbestrafte Kaufmann Siegmund Schlesinger, geboren 1859, 2. dessen Ehefrau Kunigunde, geborne Groß, geboren 1865, von hier. Letztere betrieb außer in Buckau, hier selbst Breitenweg 30 ein Maß- und Herren-Konfektionsgeschäft, indem der Gemann als Prokurist thätig war. In Wirklichkeit lag die Führung des Geschäftes in seinen Händen, er besorgte auch die Buchführung, die Annoncen- und Reklamen. Im Januar d. J. beschloß er, angeblich veranlaßt durch einen Lieferanten in Berlin, der auf promptere Zahlung drängte, einen Ausverkauf des hiesigen Geschäftes zu veranstalten. Am 9. März erließ er in den Zeitungen eine Bekanntmachung, worin er ankündigte, am 9. und 10. März sei das Geschäft geschlossen, um das gewaltige Warenlager unzugänglich zu machen. Dann annoncierte er am 11. März einen Miesenausverkauf. Sämtliche Waren sollten zu nur Selbstkostenpreis verkauft werden. Neben dem früheren Preise sei der neue Preis auf jedem Etikett rot gedruckt, um den großen Preisunterschied besser beurteilen zu können. Der Ausverkauf erfolge wegen Aufgabe des Geschäftes in Magdeburg, da nach Ablauf des Mietkontrakts sich die Miete jährlich um 12000 Mark erhöhen würde. Hinterher wurde bekannt gegeben, daß nur fertige Anzüge ausverkauft würden. Diese Annoncen sollen in schwindelhafter Weise erlassen sein und wesentlich unwahre Angaben enthalten, die zur Irreführung des Publikums geeignet waren. Der Mietkontrakt lief bis zum 1. April 1901. Am 15. September d. J. erschien dann eine neue Annonce, wonach das Geschäft wieder mit neuen Waren in bekannter guter Qualität ausgestattet sei und weiter fortgesetzt werde. Die Angeklagten bestritten, schuldig zu sein. Der Gemann giebt zu, daß während des Ausverkaufs beständig nur mittelwertige Waren zugekauft seien, bestreitet dagegen, daß dies unüberragene Miesenausverkauf gewesen sind. Nach den Feststellungen hat die Eisenbahn dem Geschäft während des Ausverkaufs etwa 1500 Kilogramm Waren zugeführt, die aber, wie der Angeklagte angiebt, meistens in das Geschäft nach Buckau weitergegangen sind. Er behauptet, durch die von dem Konjunkturten, Tuchhändler Hüner, in den Zeitungen ge-

machten Angriffe sei der Ausverkauf lahm gelegt. Den Laden habe er wegen der zu hohen Miete anderweit nicht abgeben können und deshalb das Geschäft in kleinem Umfange weiter führen müssen. Die Maßabteilung des Geschäftes sei überhaupt in den Ausverkauf nicht mit einbegriffen gewesen. Der Verkauf hat nun nicht zum Selbstkostenpreise, sondern, wie mehrere Sachverständige begutachten, mit einem Nutzen von 15 bis 30 Prozent stattgefunden, für Stoffachen sind sogar 75 bis 100 Prozent Nutzen genommen. Allerdings behauptet der Angeklagte, die Stoffachen hätten mit feinem Wissen und Willen nicht ausverkauft werden sollen. Um die Prozentfrage feststellen zu können, ließ der Tuchhändler Hüner, der heute als Nebenkläger auftritt und für sich als Entschädigung für Verluste eine dem Angeklagten aufzuerlegenden Geldbuße von 6000 Mark beansprucht, fertige Anzüge und Stoffe in dem Geschäft der Frau Schlesinger kaufen, die er dann mit einer Denunziation der Staatsanwaltschaft zusandte. Einige Sachverständige sind der Ansicht, daß als Selbstkostenpreis einer Ware nicht nur der Fakturrenwert, sondern auch der Betrag der laufenden Unkosten zu rechnen ist. Für den Laden hat Frau Schlesinger, die ihn von einem früheren Konfektionär übernommen hat, jährlich 9500 Mark Miete zu zahlen. Gestofet hat er sonst 19000 Mark und wird dies nach Ablauf der Kontraktzeit mindestens wieder kosten. Die Wirtin soll sogar 23000 Mark jährlich fordern wollen. Die Zeugin glaubt aber nicht, daß sie überhaupt diesen Preis genannt hat. Bei der ersten Vermietung kostete der Laden 22000 Mark. Vom 15. Juni d. J. ab hat die Angeklagte den größeren Teil des Ladens für 4000 Mark abvermietet. Nach der Aussage des früheren Geschäftsführers verdiente die Angeklagte im Ausverkauf an den Waren 10 bis 50 Prozent. Um die Billigkeit dem Publikum mehr in die Augen treten zu lassen, wurde der frühere Verkaufspreis auf den Etiketts höher notiert. Es wurden während des Ausverkaufs auch minderwertige Waren in das Geschäft geschafft, die sonst nicht geföhrt wurden und verschlossene Anzüge, die fast wertlos waren, zu hohen Preisen ausgezeichnet.

Nachmittags 3 1/2 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen, um am Dienstag fortgesetzt zu werden. Aus dem Beweisergebnis trat noch hervor, daß der Angeklagte an seine Kunden in Buckau Circulare des Inhalts schickte, er gebe das Magdeburger Geschäft auf, um das in Buckau besser besorgen zu können. Die hiesigen Kunden erhielten dagegen ein Circular, wonach das Maßgeschäft bedeutend vergrößert werden sollte. Der Gerichtshof erachtete die Angeklagten für überführt und nahm an, daß sie in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken gehandelt haben. Betreffs des Ausverkaufs der fertigen Waren, der Aufgabe der Lokaltäten und des Verkaufs zu und unter dem Selbstkostenpreis hätten die Angeklagten wesentlich falsche Angaben gemacht. Das Urteil lautete daher gegen den Gemann Schlesinger auf 10000 Mark, gegen die Ehefrau Schlesinger auf 3000 Mark Geldstrafe und Publikation in drei Zeitungen. Dem Nebenkläger, Tuchhändler Hüner, wurden statt der geforderten 6000 Mark nur 300 Mark Geldbuße zugesprochen, weil sein angeblicher Schaden zu wenig spezifiziert war.

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Flugblattverbreiter und Gendarm.) Eine Flugblattverbreitung mit Hindernissen unternahmen letzten Sonntag einige Genossen aus Burg. Als dieselben an ihrem Zielort, Barch, angekommen waren, begegnete ihnen der Gendarm und jedenfalls ahnend, daß irgend etwas Staatsgefährliches, Unflätzerisches vorgehen sollte, folgte der Hüter des Gesetzes den Genossen in den nächsten Gasthof. Nachdem der Mann mit der Bichelhaube sich einmal entfernt und zurückgekehrt war, entwickelte sich folgendes Gespräch: Gendarm: Sie bringen wohl etwas Neues? Flugblattverbreiter: Jawohl, etwas Neues zum Leiden. Gendarm: Das dürfen Sie aber am Sonntag nicht verbreiten! Flugblattverbreiter: Ja, aber doch nur während der Kirchzeit? Gendarm: Nein, während des ganzen Sonntags. Nach einem neuen Gerichtsentscheid werden die Einwohner durch die Flugblattverbreitung am Sonntag demütigt. In der Woche können Sie soviel verbreiten, als Sie wollen. Ich sage Ihnen das im guten, wenn Sie es trotzdem heute thun, muß ich Ihre Namen feststellen. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Gendarm das Recht oder gar die Pflicht hatte, die Leute auf eine eventuelle Ungehorsamkeit aufmerksam zu machen, jedenfalls darf er mit Bestimmtheit annehmen, daß Barch von der sozialistischen Sendung noch mehr infiziert wird, als dies jetzt schon der Fall ist, und daß dort auch die Flugblattverbreitung so gut wie in jedem anderen Orte des Kreises vorgenommen werden wird.

Eisleben. (Erderstütterung.) Die regelmäßige Erderstütterung fand am vergangenen Sonnabend nachmittags 1/2 Uhr statt. Sie wurde im ganzen Senkungsgebiete wahrgenommen.

Köfen. (Arbeitererföße.) Zwischen die Busser geraten ist beim Anstopfen eines Kohlenwagens der an dem sogenannten Anstich bei Saalek stationierte Bahnwärter Kaufmann. Dabei wurde ihm der Brustkasten eingedrückt, so daß er bald nach seiner Entlassung ins Krankenhaus starb. Er hinterläßt Frau und 6 Kinder.

Weißenfels. (Schließung der Sozialdemokratie.) Bei den Stadtverordnetenwahlen hier selbst wurden vier Sozialdemokraten im ersten Wahlgang gewählt.

Wormisfeld. (Arbeiter-Mißto.) Bei der Ausbesserung eines Daches hier selbst stürzte ein Arbeiter derart, daß seine Ueberführung in das hiesige Krankenhaus erfolgen mußte.

Zeitz. (Verurteilung eines Naturheilkundigen.) Der Naturheilkundige Herr aus Zeitz war angeklagt, beim Rastieren ein junges Mädchen unfittlich berührt zu haben. Er ward dafür am Montag vom Landgericht in Naumburg zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt und gleich in Haft behalten.

Kleine Chronik.

Ein schweres Unwetter ging in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag über ganz Schleswig-Holstein nieder. Auf dem Gute Wittekindt bei Blön schlug der Blitz ein; der Viehstall verbrannte mit 125 Stück Rindvieh.

Ans Furcht vor Strafe hat sich in Bierzstätt bei Wiesbaden ein 11jähriger Knabe erhängt.

Rabfahrer feuerten in der Nacht zum Dienstag auf der Göttinger Straße in der Nähe von Graz nach einem kurzen Streit wegen Ausweichens auf einen Grazer Fiaker. Dabei töteten sie einen Fahrgast, verunmündeten zwei andere Fahrgäste und den Fiaker schwer und fuhren davon.

Die tschechische Studentenschaft in Prag demonstrierte am Montag gegen Professor Masaryk wegen seiner gegen den Polmaer Werdprozeß gerichteten Broschüre. Die Studenten zogen vor die Wohnung Masaryks, wo sie pflanzten, schrien und pöbelten. Masaryk, der am Fiaker erschienen, wurde durch Geiseln am Sprechen verhindert. Die Polizei schickte die Demonstranten. Masaryks Tochter, die an der tschechischen Universität Medizin studiert, wurde von Studenten derart insultiert, daß sie weinend den Hofaal verließ.

Wo siegen wir zuerst?

Wir wollen heute nicht von Kolonial- und Flottenpolitik reden, nein, eine viel weitgehendere Frage ist es, an welche wir denken. Es ist die Frage: Wird die kapitalistische Gesellschaft zuerst in der alten oder in der neuen Welt in Trümmern gehen. Sehr weit ist ja die Ansicht verbreitet, daß Deutschland das „klassische Land der Sozialdemokratie“ sei, und daß daher in Deutschland oder doch wenigstens in den Hauptkulturstaaen Europas die Sozialdemokratie am ersten zum Siege gelangen werde. Indessen haben sich aber auch schon Stimmen laut gemacht, welche anderer Meinung sind und Amerika als das Land bezeichnen, in dem der Kapitalismus zuerst zusammenbrechen werde. So schreibt J. G. Vogt in seiner Weltgeschichte (Band 5, Seite 451): „Die Hauptbedingung für die Befreiung des arbeitenden Volkes ist und bleibt der wirtschaftliche Aufschwung, wie er durch die Großproduktion getragen wird. Alle Ideale der Befreiung wirken nur als Impulse, ihre Verwirklichung hängt dagegen stets von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Alle früheren Versuche zur Befreiung des arbeitenden Volkes, alle Erhebungen der gedrücktesten Massen mußten fehlschlagen, weil in der festgestellten Klassengesellschaft der europäischen Völker die wirtschaftliche Unterlage für die Befreiung der Geschickten fehlte. Europa war viel zu arm, der Kleinbetrieb viel zu ungenügend, um die Gesamtbevölkerung auch nur entfernt auf einem gleichmäßigen Kulturniveau zu halten. Heute erst hat die Großproduktion Mittel und Wege geschaffen, allen Menschen in gleicher Weise die Güter der Kultur zugänglich zu machen, wenn nur erst die Grundlagen der Klassengesellschaft gebrochen sind. Und dieses Bewußtsein ist es, das der heutigen proletarischen Bewegung ihre naturwüchsige unbezwingbare Kraft verleiht. Aber der siegreiche Kampf des Proletariats kann nur in einem Lande aufgenommen werden, das abgesehen von dem erforderlichen demokratischen Milieu sich in wirtschaftlichen Aufschwung befindet. Dieses Land ist nur Amerika, das mit seinen unermesslichen Hilfsquellen und seiner außerordentlichen Aufnahmefähigkeit von Menschenmaterial dem Kapital eine unbegrenzte Accumulationsfähigkeit eröffnet und vorläufig ist alle weitere Entwicklungsfähigkeit ausschließlich an die Macht des Kapitals geknüpft.“

An diesen Satz wurden wir erinnert, als wir nachstehenden Artikel in der Leipziger Volkszeitung über die Wirksamkeit der Kartelle lasen:

Nichts beherrscht in dem Maße die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten seit einer Reihe von Jahren, wie das Problem der Unternehmerkartelle. Das Wachstum dieser Gebilde des Großkapitalismus in der letzten Zeit ist auch in Amerika so überraschend schnell, daß es kein Wunder ist, wenn das Publikum erschrocken zu Untersuchungen, Kommissionen und allerlei Plänen der Abhilfe greift. Laut Berechnung soll bereits ein Sechstel, nach anderen Behauptungen sogar ein ganzes Viertel der gesamten gewerblichen Produktion der Vereinigten Staaten unter der Botmäßigkeit der Kartellwirtschaft stehen. Und Kenner der einschlägigen Verhältnisse behaupten, daß in kurzer Frist kein einziger Produktionszweig von ihr verschont bleiben, in dem ganzen gewerblichen Leben Nordamerikas also die Herrschaft des Monopols an Stelle der freien Konkurrenz treten werde.

Dieser Entwicklung der Dinge stehen Gesellschaft und Staat machtlos gegenüber. Die zahlreichen Kommissionen zur Untersuchung der Trusts (Kartelle), die heftigen Polemiken für und wider, der gefehliche Krieg gegen sie sind bekannt.

Ebenso bekannt ist der vollständige Mißerfolg aller dieser Maßnahmen gegen die Unternehmerverbände. Nachdem sie 1890 durch die Gerichte in New-York gesetzlich verboten worden waren, haben sie sich formell in „Gesellschaften“ verwandelt und sind in der neuen Form und altem Wesen für die gerichtliche Verfolgung nun unerreichbar.

Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb dauert die lebhafteste Erörterung der Kartellfrage in den Vereinigten Staaten fort, und neulich veröffentlichte der Professor an dem landwirtschaftlichen Kollegium im Staate Kansas, Ed. W. Bemis, in dem New-Yorker „Journal of Commerce and Commercial Bulletin“ einen interessanten Artikel zu der Frage.

Vor allem wägt er nach typisch kleinbürgerlichem Verfahren, wie übrigens die meisten Forscher in Nordamerika, die Vorteile der Unternehmerorganisationen gegen ihre Nachteile ab. Unter den letzteren spielen natürlich die wirtschaftliche Allmacht der vereinigten Kapitalisten auf dem Markte gegenüber dem konsumierenden Publikum und ihre politische Allmacht im Staate, die sich durch ein weitläufiges System der politischen und publizistischen Korruption durchsetzt, die Hauptrolle. Dann schreitet Bemis zur Kritik aller bisher vorgeschlagenen Abhilfsmittel gegen die Kartellwirtschaft.

Die Hoffnung, die Kartelle würden, wie so manche unter ihnen, nach einer Periode der Blüte nacheinander von selbst in die Brüche gehen, sei grundlos, denn an Stelle jedes auseinanderfallenden entstünden zehn neue Kartelle, die gar nicht Wiene machten, von der Erdoberfläche zu verschwinden. Die Vernichtung der Kartelle durch gesetzliches und gerichtliches Vorgehen habe sich als fruchtlos erwiesen. Die gesetzliche Kontrolle und Beschränkung der Kartellwirtschaft, wie sie z. B. der beste Kenner der Frage, der amerikanische Professor Jenks, vorgeschlagen habe, sei an sich vorzüglich, aber leider in der Praxis undurchführbar. Die vorgeschlagene Aufhebung des Schutzollsystems würde bei weitem nicht alle Unternehmerverbände treffen. Die Reform des Eisenbahnwesens, das gegenwärtig die Hauptstütze der Trusts bildet, sei eine große und schwierige Aufgabe für den Staat.

Endlich erwähnt Bemis als letztes Mittel im Kampfe gegen die Kartelle — und dies ist das interessanteste — eine allgemeine Verstaatlichung der Produktionsmittel. „Es giebt“, sagte er, „eine große Anzahl intelligenter Leute, wenn es auch erst noch die Minderheit ist, die der Ansicht ist, daß in letzter Linie das einzige Mittel eines wirklichen Vorgehens gegen die Trusts darin bestehe, daß die gesamte Gesellschaft sich ihnen anschliesse und zwar durch den Staat; dieser würde die Petroleumraffinerien, die Zündhölzchenfabriken, die Anthracitgruben, die Kohlengruben und anderes in Besitz nehmen und betreiben, die Erzeugnisse in Magazinen zum Verkauf bringen und so weiter.“

Es ist dies, wie man sieht, ein verzerrter und durch die kleinbürgerliche Brille gesehener Plan der sozialistischen Wirtschaft. Selbstverständlich liegt dem braven Professor von Kansas und seinen Gesinnungsgenossen, die sich mit der Frage der Kartelle herumschlagen, nichts ferner als sozialistische Bestrebungen. Sind doch selbst die Arbeitermassen in den Vereinigten Staaten erst sehr schwach vom Sozialismus ergriffen. Aber gerade deshalb ist die Richtung, in der die kartellfeindlichen Kreise des mittleren und kleineren Bürgertums ein Abhilfsmittel gegen die wirtschaftliche und politische Allmacht des Großkapitals suchen, bemerkenswert. Das Ergebnis, zu dem der bisherige Krieg mit den Unternehmerverbänden geführt hat, ist: alle innerhalb der

kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates probierten Mittel gegen die Entwicklung der Kartelle sind nutzlos; will man ihnen wirksam begegnen, so muß man über die heutige Wirtschaft, über das System der privatkapitalistischen Produktionsweise hinausgehen und der monopolartigen Wirtschaft des Großkapitals eine planmäßige Wirtschaft durch die ganze Gesellschaft entgegenstellen. Daß diese Erkenntnis sogar den bürgerlichen Kreisen selbst in steigendem Maße eingepaukt wird, ist für die sozialistische Arbeiterbewegung von doppelter Tragweite.

Es ist eine neue Bestätigung der Wahrheit der sozialistischen Lehre und der Unvermeidlichkeit ihrer Verwirklichung. Es zeigt sich wiederum, daß wer immer radikal die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beseitigen will, ganz unbewußt mit zwingender Logik zur Abschaffung dieser Wirtschaftsordnung selbst, zur Umgestaltung der Produktion auf neuer Grundlage der gesellschaftlichen Planmäßigkeit geführt wird.

Zweitens aber haben wir hier auch einen praktischen Fingerzeig, daß die Entwicklung der Kartellwirtschaft unvermeidlich das von ihr zermalmte Kleinbürgertum in hellen Scharen in das sozialistische Lager der Arbeiterklasse treiben muß. Was heute eine verworrene und verzerrte Vorstellung der kartellfeindlichen Litteraten, Professoren und Juristen, muß, sobald die Unternehmerverbände ihre Wirkung erst in deutlicherer Weise gezeigt haben, und die sozialistische Arbeiterkraft auf der anderen Weise in Amerika eine Macht geworden ist, zur kapitalfeindlichen politischen und sozialen Bestimmung und Aktion der kleinbürgerlichen Masse werden.

Man hat in letzterer Zeit wiederholt die Verbreitung der Kartelle als ein mögliches Hindernis zum Siege der sozialistischen Bestrebungen hingestellt. Wir wissen nicht, und kein Mensch kann es heute voraussagen, ob die Kartelle zu einer allgemein verbreiteten Einrichtung, namentlich auf unserem Festlande, werden oder nicht. Jedenfalls, das können wir mit Bestimmtheit sagen: sollte je die Kartellwirtschaft zum internationalen Uebel werden, dann wird sie nicht ein Hindernis für den Sozialismus, sondern eine Geißel sein, die alle Opfer des siegreichen Vormarsches des Kapitals in die Arme des Sozialismus peitschen und die Gegenläufe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft so auf die Spitze treiben wird, daß sie die sozialistische Umwälzung als die einzige Erlösung aus der Pein der Kapitalsherrschaft begrüßen wird. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Mit sauer-süßer Miene bespricht die Naumannsche Hülse den Uebertritt des württembergischen Pfarrers Blumhardt zur Sozialdemokratie. „Er stand“, heißt es dort:

„bisher links von der Sozialdemokratie, das heißt, er gehörte zu den unpolitischen, moralischen Sozialisten, zu Gestalten wie Weitling und St. Simon, zu den Utopisten, die lebhafteste Kritik der Gegenwart mit glänzender Hoffnung besseren Menschendaseins verbinden, ohne sich die Mühe zu geben, schrittweise den Weg vom heute zum morgen zu suchen. Uns wundert, daß sich Blumhardt überhaupt an eine Partei binden kann, bei der es Programm, Taktik und Disziplin giebt. So wenig er Epiboly in theologischer Hinsicht liebt, so sehr ist er ihm als unpolitischer Prophet ähnlich. Der Einfluß, der von ihm ausgeht, ist in ganz Süddeutschland und darüber hinaus nicht gering anzuschlagen, aber dieser Einfluß ist bis jetzt ein rein persönlicher, selforgerlicher, völlig unpolitisch in seinen Wirkungen.“

Feniletou.

Der Roman einer Verschwörung.

Von A. Ranc.

In's Deutsche übertragen von Marie Kunert.

(9. Fortsetzung.)

III.

Juliette Lefrancois war die Tochter eines Trödlers, der seinen Laden bei den kleinen Kreuzbuden auf dem Marktplatz an der Notre-Dame-Kirche hatte. Es war nur ein ganz bescheidenes Geschäft. Und nur darum und um keiner anderen Sache willen hatte seine Tochter, wie Gunde sagte, nicht das Recht, einen Hut zu tragen. Jeder muß in seiner Klasse bleiben. Diese Meinung ist in Poitiers noch immer stark verbreitet.

Der alte Lefrancois war während der Revolution ein fleißiger Besucher des Klubs gewesen, der in der ehemaligen Augustinerkirche tagte, und dessen Vorsitzender Fernand Roy war. Juliette war als Kind in dem Respekt vor Fernand Roy groß geworden, der zuweilen vor dem Baden stehen blieb, wo sie alte Kleider ausbesserte. Dann wechselte er einige Worte mit ihrem Vater. Der Expräsident des Klubs achtete nicht weiter auf das kleine, schwächliche Mädchen, das kein Wort sagte und ihn immer verstohlen mit seinen großen, grauen, beständig wechselnden Augen ansah, Augen, die, wenn sie zornig blickten, eine fast meergrüne Farbe annahmen. Wenn Juliette sich bemerkt glaubte, senkte sie den Kopf und nahm erschreckt ihre Arbeit wieder auf. Als junges Mädchen war Juliette nicht hübscher als sie als Kind gewesen.

Inliette besaß nicht einmal die Schönheit der ersten Jugend. Ihre Formen waren wenig entwickelt und verrieten sich kaum unter dem Leibchen. Sie hatte eine niedrige Stirn, sehr feines und sehr dichtes Haar von unbestimmten Braun. Der Mund war klein, aber die Lippen zu schmal und zuzammengedrückt. Wahrhaftig schön waren nur die wundervoll geschwungenen Brauen und die sehr dichten Wimpern, die

von etwas dunklerer Farbe als das Haar und die Augen, dem Gesicht einen fremdartigen Ausdruck gaben. Die sehr großen Augen waren herrlich gewesen, wenn ihr Ausdruck sich mit Juliettes Alter in Uebereinstimmung befunden hätte. Aber das waren die Augen eines Weibes und nicht die eines jungen Mädchens. Fast immer sehr bleich, erdöte sie selbst bei stärkerer Erregung nur wenig. Das Blut, das ihr dann in das Gesicht flog, färbte den matten Teint ihrer Wangen kaum etwas dunkler. In dem Viertel galt sie für häßlich, und sie war es auch. Aber wenn ihre von bläulichen Ringen umgebenen Augen sich zufällig auf jemand richteten, so fühlte man sich bis ins Mark ergriffen. Am Abend bei Licht gewann ihr Teint Leben, und wenn man nicht genau hinsah, konnte man wahrhaftig glauben, die kleine Kofette hätte unter den Augen schwarz aufgelegt, um ihren Glanz und ihre Tiefe noch zu heben.

Kofett war Fräulein Lefrancois nicht. Sie wußte nicht einmal, was das Wort sagen wollte. Man hätte sie auch sehr in Erstaunen versetzt, wenn man ihr gesagt hätte, daß sie Fernand Roy liebe. Sie bewunderte den großen, ersten jungen Mann, der mit fünfundsiebenzig Jahren der Herr der Stadt gewesen war, vor dem die Aristokraten gezittert hatten, und der seit Eintritt der Reaktion ruhig und widerwillig inmitten seiner Feinde lebte. Die Achtung, die er forderte und die seine Gegner ihm nicht versagen konnten, bewirkte, daß er der Rache der Thermidorianer und der goldenen Jugend entging. Zur Zeit der Verschwörung Babeufs fand man bei Buonarrotti einen ganz unbedeutenden Brief von Fernand Roy, und sofort wurde ein Steckbrief gegen ihn erlassen. Er verbergte sich einige Zeit und erschien dann wieder, als die Sache eingeschlafen war. Es war im Jahre 1805, als die kaiserliche Polizei, die ihn fürchtete und ihn nicht mehr überwachen wollte, Hand an ihn legte. Ohne irgend welches gerichtliche Verfahren wurde er auf der Insel Miron interniert, wo er seine Kameraden von der Verschwörung Babeufs wiederfand.

Nein, Juliette Lefrancois liebte ihn nicht, wenigstens kam es ihr nicht zum Bewußtsein. Wie hätte sie auch daran gedacht, sie, die nicht einmal wagte, ihm zu antworten, und die zusammenfuhr, wenn er ein freundschaftliches Wort an sie richtete? Wenn er mit Vater Lefrancois sprach, verschlang sie seine Worte, und in der Nacht dachte sie während langer schlafloser Stunden an ihn. Wenn sie einschlief, so benutzte sie Fernand Roy ihre Träume, aber sie glaubte nicht, daß sie ihn liebte.

Im Jahre 1803 starb der alte Lefrancois, der Trödler und Jakobiner. Juliette war kaum achtzehn Jahre alt. Sie hegte für ihren Vater eine lebhafteste Zuneigung; die Mutter, die sie nicht sonderlich liebte, fürchtete sie. Diese schalt immer, wenn Lefrancois in den Klub ging und machte ein böses Gesicht, wenn Fernand Roy an dem Laden des Trödlers stehen blieb. Frau Lefrancois war fromm, und an dem Tage, als die kleine Juliette in weißem Kleide mit dreifarbigem Schärpe, ein Bündel Nerven in der Hand, auf dem Wagen der Göttin der Vernunft stand, hatte sie in tiefster Beschwierigkeit eine neuntägige Andacht begonnen.

Am Tage nach der Beerdigung von Lefrancois arbeitete Juliette im Laden, der für drei Tage geschlossen gewesen war. Sie weinte nicht mehr, aber sie dachte daran, daß sie sich künftig sehr langweilen werde. Sie wußte nicht recht, warum, aber sie war dessen sicher. Als sie darüber nachsann, ließ sie die Schere fallen, mit der sie die Silberstickereien aus alten Kleidern abtrennte. Ihre Mutter rief sie heftig zur Arbeit. Juliette, die aus ihrer Träumerei gerissen war, erbeute und nahm die Schere auf. Zugleich hob sie die Augen und erblickte Fernand Roy, der über den Marktplatz ging und ihr freundschaftlich zunickte. Aber er hielt sich nicht auf und setzte seinen Weg fort.

„Das ist einer,“ sagte Mutter Lefrancois, „den wir Gott sei Dank los sind. Er soll nur kommen, dieser Heide, ich werde ihm schon Bescheid sagen. Vorwärts, arbeite!“

(Fortsetzung folgt.)

Von nun an hat Blumhardt die Wahl, vor der bisher jeder politische Pastor einmal gestanden hat: Glaubensverkündigung oder Parteipolitik?

Im übrigen hält die Gasse es für möglich, daß Blumhardt noch einige Nachzügler haben werde, und sie freut sich schon darauf, Blumhardt mit einem Fährlein württembergischer Brüder künstlich auf sozialdemokratischen Parteifahrten zu sehen. Diejenigen Pastoren aber, die färsorglich bei den Fleischböfen der herrschenden Klasse sitzen geblieben, sind über diese Weckung stark erregt, weil sie die Wirkung auf religiöse Volkskreise fürchten. So predigt der Reichsbote:

Es muß schon ein hoher Grad subjektivistischer Verirrung vorhanden sein, wenn ein Geistlicher so sehr die christlich-stillliche Anschauung, daß alle wahre Verherrlichung nur durch stillliche Anteilnahme hervorgebracht werden kann, so sehr vergessen hat, daß er dem Wahne verfallen kann, die Uebelstände der Zeit erfordere durch die Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in eine sozialistische beseitigt werden.

Und das Pastorenorgan tröstet sich mit dem Gedanken, daß Blumhardts Christentum verdrängt werde, wenn er erst bei den Sozialdemokraten warm geworden. Das leere Christentum der amtlich Angestellten der Kirche, gewiß; das braucht nicht einmal erst zu verdrängen, denn es mußte zuvor überwunden sein, ehe sich der Geistliche zur Sozialdemokratie bekannte. — Den äußeren Anlaß zu Blumhardts Uebertritt hat übrigens, wie er vor einigen Tagen in einer Versammlung bekannte, die Buchtauschvorlage geliefert. Die Verfasser der Denkschrift werden darüber nicht sehr erbaut sein. —

Die freiwillig und die unfreiwillig offiziellen Gehilfen des Reichsmarineamts arbeiten mit großem Eifer, wenn auch nach dem alten Muster, für den neuen Flottenplan. Es ist bereits die übliche Flugschrift im Verlage von E. S. Mittler u. Sohn unter dem Titel erschienen: „Witter not ist uns eine starke deutsche Flotte“, mit dem Nebentitel „Gedanken eines Vaterlandsfreundes“. Die Ueberschriften einzelner Kapitel lauten: Des Kaisers Ruf; das Flottengeheß vom 10. April 1898; die Veränderung der politischen Lage; Politik und Flotte; die Bindung durch Gesetz; der neue Plan einer großen deutschen Flotte; der Weg zum Ziel; die finanziellen Anforderungen; die Marinevorlage. Vom politischen, finanziellen, technischen und noch drei anderen Standpunkten wird haarklein nachgewiesen, daß wir unter allen Umständen 40 Linienfahrzeuge, zehn große Kreuzer und zehn große Auslandsschiffe haben müssen. Aber die „Veränderung der politischen Lage“ seit der letzten feierlichen Versicherung des Staatssekretärs, daß an keiner maßgebenden Stelle ein neues Flottengeheß geplant werde, sagt der Verfasser nicht. Um so bereiter erzählt er, wie billig die deutsche Nation auch bei diesem Flottenplan noch fährt und wie Deutschland „Seegelung“ will, um seine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Ergo hat der Reichstag zu sagen: „Wir sind zur Stelle“. „Das sei unseres neuen Jahrhundertbeginns: eine streitbare Flotte und ein sinnesreifer Reichstag.“ Mit unbedeutenden Änderungen läßt sich die Flugschrift auch für eine Flottenvorlage verwenden, die in zwei oder drei Jahren wieder doppelt so viel wie der jetzige Plan fordert. —

Auß der Parteibewegung.

Gemeindevahlfrage. Bei den Bürgerwahlen in Lehe wurden unsere Genossen Mägder und Wehlich mit sehr großer Mehrheit wieder als Vertreter der dritten Klasse gewählt. In Kaiserslautern wurden von den sozialdemokratischen Kandidaten 3 zu Stadträten und 2 zu Ersatzleuten gewählt. In Loßwitz und Weiher Hirsch (bei Dresden) siegen in der Klasse der Unauswählbaren die von uns aufgestellten Kandidaten mit großer Mehrheit. Die Frankfurter Zeitung meldet: „Die erste sozialdemokratische Gemeindevorwahl in Bayern wurde am Freitag in Hühberg bei Würzburg, einem Orte mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, gewählt. Die Bürgerchaft war unzufrieden mit dem bisherigen, unter dem Banne der Ortsgeistlichen stehenden Bürgermeister. Deshalb siegte die sozialdemokratische Liste mit großer Majorität.“ —

Das Jubiläum des „Strichs“.

Der Strich — was für ein Strich? Wie kann ein Strich Jubiläum feiern? Einfach Ansturm. —

Und doch hat die Sache ihre Wichtigkeit: der Feuilletenstrich nämlich ist's, von dem ich rede. In allerhöchster Zeit werden es hundert Jahre, daß man ihn „erfunden“ hat, ihn und das, was unter ihm steht: das Feuilletou. Der erste Feuilletonist, der „unter dem Strich“ schrieb, war Julien Louis Geoffroy, der berühmte und gefährliche Theaterkritiker des Journal des Débats. Am 28. Januar 1800 erschien die genannte Zeitung zuerst mit dem „Strich“, unter dem man damals allerhand kleine Notizen, Modenachrichten, Mitteilungen über die Theater, Rätsel, Charaden, Küchenrezepte usw. placierte. Ein paar Wochen später machte das Blatt dann seinen Lesern die wichtige Mitteilung, daß es „unter dem Strich“ fortan auch regelmäßige Berichte über die Pariser Theater, über die Debüts der Schauspieler usw. bringen werde. Und am 2. März 1800 erschien die erste Theaterkritik — oder vielmehr Theaterplauderei — von Geoffroy, der fortan bis zu seinem 1814 erfolgten Tode im Journal des Débats das kritische Scepter schwang und zugleich das Feuilletou redigierte.

Von Politik war damals in den Pariser Zeitungen kaum noch die Rede, Lesehoffen wollte das Publikum doch nun einmal haben — und so kamen die Brüder Bertin, die Besitzer des Journal des Débats, in Gemeinschaft mit ihrem Redakteur Geoffroy auf die Idee des „Feuilletons“. Das Feuilletou ist also seinem Ursprung nach ein Kind der Reaktion. Ueberdies stammt die Familie der Bertins aus dem alle Zeit gut konservativ gesinnten Rennes, das jüngst durch den Dreijährigen-Prozess zu einer gewissen abderitischen Berühmtheit gelangt ist. Auch Geoffroys Wiege hatte in Rennes gestanden, er war im Jesuitenkolleg seiner Vaterstadt erzogen und hatte selbst die um jene Zeit noch vielversprechende Jesuiten-Karriere eingeschlagen, bis 1764 die

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Von der Anklage der **Schuhmannsbeleidigung** wurde der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Zeitung, Genosse Korn in Kiel, freigesprochen. Er hatte von einem Schuhmann behauptet, dieser habe sich Eintrittskarten zu Vereinsvergünstigungen „erschmuggelt“. Das Gericht erklärte in der Urteilsbegründung, daß er sich in der That die Karten unter unwahren Angaben verschafft habe; er möge als Beamter korrekt gehandelt haben, vom gesellschaftlichen Standpunkte sei sein Verfahren jedoch nicht zu billigen. —

Wegen **Beleidigung eines Schuhmannes** wurde der verantwortliche Redakteur des anhaltischen Volksblattes, Genosse Günther, vom Schöffengericht in Veruburg zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte berichtet, daß der Schuhmann einen betrunkenen Arrestanten geschlagen habe, während die Beweisaufnahme ergab, daß der Betrunkenen, wenn er sich sträubte, nur immer wieder auf die Karre, auf der er transportiert wurde, niedergedrückt worden war. —

Vier Redakteure der Wiener Arbeiter-Zeitung sitzen gegenwärtig im Gefängnis, und zwar alle wegen der jüngsten Ringstraßendemonstrationen. Genosse Neumann ist mit zehn Tagen, Nbler und Täubler mit je einem Monat und Wetzschneider mit drei Monaten, alle strengem Arrest bedacht. Genosse Ellenbogen hat seine vierwöchentliche Arreststrafe bereits abgebußt. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Eine **Massenausperierung** wird aus Zwickau gemeldet. Infolge Differenzen haben alle **Textilfabriken** ihre Arbeiter, etwa 1500, ausgesperrt. Die Textilindustrie sieht gegenwärtig in einer Krise. Es scheint, daß die Fabrikanten einen Vorwand gesucht haben, um den Ausfall derselben auf die Arbeiter abzuladen. —

In der **kunstgewerblichen Anstalt** von Georg Gulbe-Hamburg ist es wegen Lohnunterschieden zu einem Ausstand sämtlicher Arbeiter gekommen. Die Haltung der Streikenden ist eine vorzügliche. —

Italienische Lohndrücker werden von den patriotischen, deutschen Unternehmern mit Freuden verwendet. Nach der Statistik eines Unternehmers in Wülhausen giebt es jetzt im Elsaß und in Lothringen 50 000 italienische Industriearbeiter. Man hat noch nie gehört, daß Unternehmer, die den Arbeitern ihre Internationalität im Kampfe gegen die Ausbeutung zum Vorwurf machen, gegen diese Internationalität zum besten der Ausbeuter etwas einzubringen hätten. —

Schutz den Arbeitwilligen. Man berichtet aus Frankfurt a. M.: Beim Streik der Zimmerleute im Juli sollen die Zimmergesellen Max. Spiegel und Wilh. Deibel zwei andere Gesellen mit Schimpfen und Drohungen zur Teilnahme an der Arbeitseinstellung zu bewegen versucht haben. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, weil die Beleidigung nicht den Zweck gehabt habe, die anderen zur Arbeitseinstellung zu veranlassen. Es sei daher nur wegen Beleidigung auf Strafe zu erkennen. Der Staatsanwalt beantragte vier und drei Wochen Gefängnis. Das Gericht schloß sich der Auffassung der Verteidigung an und erkannte gegen Deibel auf eine Woche und gegen Spiegel auf vierzehn Tage Gefängnis. —

Museum für Unfallverhütung etc. Nach einer Mitteilung der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ wird im Etat für 1900 die Errichtung eines „Museums für Arbeiterwohlthätigkeit“ vorgesehen, das zunächst und hauptsächlich zur Förderung der Unfallverhütung bestimmt ist, daneben aber, auch der Wohnungs- und der Nahrungsmittelhygiene dienen soll. Groß ist der Plan, der im voraus für die Zukunft dieses Unternehmens verfaßt wird, aber sehr bescheiden der Anfang, wie es sich für solche, dem Wohle der Arbeiter dienende Einrichtungen ziemt. Es soll in der Nähe der Technischen Hochschule errichtet werden. Da wird ein Hör-

Auslösung des Ordens in Frankreich verjagt wurde und der angehende Abbé sich der weltlichen Beschäftigung eines Lehrers der Rhetorik und Literaten zuwandte. Seinen Idealen aus dem Kolleg aber blieb Geoffroy bei alledem treu. Er machte besonders die Voltaire-Verhöhnung zu seiner Lebensaufgabe und hat gegen den großen Spötter mehr als 7000 polemische Artikel geschrieben. Während der Revolution gab er ein legitimistisches Blatt, den Ami de roi heraus, wurde proskribiert, verbarg sich während der Schreckenszeit und kehrte erst nach Begründung des Konsulats nach Paris zurück.

Hier kam er nun den Bertin's so recht gelegen. Abbé Geoffroy, damals schon nahezu ein Sechziger, besaß ein umfangreiches Wissen, einen klaren, fließenden Stil und eine geistreiche Art zu polemisieren, die er offenbar dem ihm so verhassten Voltaire abgeguckt hatte. Seine Loyalität war über allen Zweifel erhaben: er hatte spielend den Uebertritt vom Bourbonismus zum Bonapartismus vollzogen und hieß wegen seiner Napoleonverhöhnung bald allgemein der „Journalist des Kaisers“. Sehr geschickt wußte er die Aufmerksamkeit des Publikums von den politischen Dingen abzulenken und auf sein harmloses „Souterrain“ unter dem Strich zu ziehen, wo er wöchentlich ein paar mal die dramatischen Dichter, Theaterdirektoren und Schauspieler von Paris zum Gaudium der Leser abschlachtete. Seine Artikel zeugten von einem immensen Wissen, waren witzig und pikant und bildeten, wenn nicht gerade neue Siegesbulletins von den Schlachtfeldern Napoleons vorlagen, das Tagesgespräch der Pariser. Die armen Mimen, denen die Kosten der „Unterhaltung“ zur Last fielen, fürchteten und haßten Geoffroy wie den lebhaftigen Teufel. Sie verdrrien den grauhäarigen Abbé als einen Bruder Liederlich und Schürzenjäger. Daß sein Urteil käuflich war, verstand sich von selbst, obgleich sein Biograph ihn gerade in diesem Punkte lebhaft in Schutz nimmt. Ein Freund des Weines

saal für populäre Vorträge und Demonstrationen geplant sowie Räumlichkeiten für eine zur Benutzung für die Interessenten bestimmte Bibliothek. Im übrigen, so schreibt die Korrespondenz, „sollen auf dem Grundstück nach Bedarf einfache Gebäude nach dem Pavillonssystem zur Aufnahme der Ausstellungsgegenstände errichtet werden. Die Beschaffung dieser Gegenstände wird im allgemeinen ohne Kosten für die Verwaltung in der Weise erfolgen können, daß einzelnen Arbeitgeber, Erfindern oder Fabrikanten neuer Einrichtungen für Unfallverhütung unentgeltlich Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie die von ihnen eingeführten oder hergestellten Einrichtungen dieser Art zur öffentlichen Kenntnis bringen können. Den Fabrikanten oder Erfindern wird auf diese Weise eine Gelegenheit geboten, brauchbare Unfallverhütungs-Einrichtungen vor einem Publikum solcher Interessenten zur Anschauung zu bringen, die als Käufer der Ausstellungsgegenstände in Betracht kommen. In ähnlicher Weise wird auch den Berufsgenossenschaften Gelegenheit zur Ausstellung geboten werden. Diese Einrichtung bietet für die Verwaltung des Museums den großen Vorteil, daß sie nicht einen Bestand von Maschinen und Modellen anhäuft, die naturgemäß mit der Zeit überholt werden und veralten, vielmehr können, sobald dieser Fall eintritt, die Gegenstände dem sie ausstellenden Eigentümer zurückgegeben und durch neuere Erfindungen ersetzt werden. Für eine sorgfältige Auswahl der auszustellenden Gegenstände, wobei insbesondere ihre Zweckmäßigkeit und die Anschaffungskosten zu erwägen sind, würde durch die Verwaltung gesorgt werden. Die Einrichtung einer Kraftstelle wird es ermöglichen, Modelle und Maschinen in gebrauchsfähigem Umfang auch im Betrieb vorzuführen. Nach ähnlichen Gesichtspunkten sollen auch die Ausstellungen für Wohnungs- und Nahrungsmittel-Hygiene angelegt und fortlaufend nach dem neuesten Stande der Praxis und der Wissenschaft entwickelt werden. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel läßt sich die Pflege weiterer Zweige der Arbeiterwohlthätigkeit angliedern“. Abgesehen davon, daß auch mit nicht allzu hohen Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln und mehr mit dem guten Willen oder dem Geschäftinteresse der Unternehmer gerechnet wird, ist dies doch alles nur Zukunftsmusik. Gefordert wird für 1900 nur das Geld für Erwerbung des Grundstücks und für Errichtung eines „kleinen einfachen“ Verwaltungsgebäudes. Man wird wohl nicht das allerkleinste der vielen Schiffe, die man wahrscheinlich fordern wird, für das hierzu nötige Geld bauen können. —

Ausland.

Der **belgische Kohlenarbeiter-Ausstand** soll belgischen Blättermeldungen zufolge am 4. Dezember be- ginnen. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Die Steinbrucharbeiter Wilhelm Mewes, geboren 1864, und Franz Kalkofen, geboren 1875, zu Prehien, gerieten am 28. August d. J. im Lokale der Witwe Quer mit dem Arbeiter Häbner in Wortwechsel. Im Garten schlug ihn Mewes mit der Faust, während Kalkofen ihn zu Boden stieß. Dann schlug Mewes ihn mit einem Stock und Kalkofen veretzte ihn mit einem scharfen Instrument mehrere Stiche in Stirn und Nase. Der wiederholten Aufforderung, sich zu entfernen, leistete der Angeklagte nicht Folge, weshalb sie von dem Gendarmen gewaltsam hinausgeschafft wurden. Kalkofen veretzte dem Geschäftsführer Christel einen Faustschlag und bedrohte die Wirtin. Hinterher drang Mewes nochmals in das Gastlokal ein. Der Gerichtshof erkannte wegen dieser Straftaten gegen Mewes auf 4 Monate, gegen Kalkofen auf 6 Monate Gefängnis.

Gewerbegericht Magdeburg.

Angenommen aber nicht bestrafungsfähig sind die Arbeiter G. und G. von dem Monteur Schott, der als Subunternehmer der Firma Dreh u. Herzblatt in Berlin hieselbst Arbeiten ausführt. Beide Kläger verlangen für vierzehn Tage 42 Mark Lohnentschädigung, einigen sich aber

mag er immerhin gewesen sein, und wenn er sich den Leuten unter dem eben erst für ihn erdachten Titel eines „Feuilletonisten“ vorstellte, fragten ihn die Pariser Wigbolde, ob etwa das Wort von „feuilleton“ — ein Weinmaß von 125 Liter Inhalt — abgeleitet sei. Dagegen mußten alle, selbst seine erbittertesten Feinde, seine produktive Fixigkeit bewundern: wo er stand und ging, schrieb er seine Artikel, oft mitten im Trubel einer großen Gesellschaft, oder im Menschengewühl auf der Straße — und, was die Hauptsache war: sie hatten stets Hand und Fuß.

Das Programm des „Feuilletons“ wurde nach und nach immer vielseitiger. Zur ständigen Theaterkritik kam die regelmäßige Berichterstattung über Musik, Kunst, Litteratur, die Plauderei über alle möglichen und unmöglichen Dinge, die Reisebeschreibung, die Skizze, die Novelle, die Novelle, der Roman — — kurz, eine ganze bunte „Welt für sich“ bildete sich „da unten“ aus. Während über dem Strich der erste Leitartikel und politische Wettermacher ihre Stimmen erschallen lassen, treiben unter dem Strich muntere Geister ihr lebhaftes Spiel. Das Feuilletou hat sich seinen eigenen Stil geschaffen, der nicht selten dem Blatte Farbe und Bedeutung giebt. Es hat sich auch der reaktionären Bevormundung seiner Kindheit zu erwehren gewußt und geht heut mit den tapfersten Vorkämpfern des menschlichen Fortschritts Hand in Hand. In Paris hat es sogar vielfach den ganzen Inhalt der Blätter, wie z. B. des Figaro, auf seinen Ton gestimmt. In England und Amerika dagegen verhält man sich ihm gegenüber im allgemeinen spödi — man liebt dort mehr die „wichtige“ Schreibeart. Anders in Oesterreich und Deutschland, vor allem in Wien, wo man es mit vielen Erfolge gepflegt hat. In Deutschland allerdings — doch Tadel wäre hier gefährlich, und Eigenlob geschmacklos. Geschmacklosigkeit aber ist das schlimmste, was man einem Feuilletou vorwerfen kann, noch dazu — einem „Feuilleton über das Feuilletou“ . . . —

mit dem Beklagten auf 21 Mark in dem einen, in dem zweiten Falle auf 36 Mark. —

Der Schlosser H. soll bei der Firma Maquet Nachf. die Arbeit unbefugt verlassen haben. Es sind ihm deshalb zusammen 4.10 Mark Lohn einbehalten. Kläger bestreitet, die Arbeit unbefugt verlassen zu haben, er habe die Arbeit nur aus Uebermüdung, hervorgerufen durch die übermäßig lange Arbeitszeit, verlassen. Beide Parteien einigen sich auf 2.35 Mark, welche die Beklagte zu zahlen hat. —

Ohne Kündigung ist der Ingenieur W. von dem Maschinenfabrikanten Stolze entlassen. Da eine vierwöchentliche Kündigungsfrist, die nur vom ersten zum ersten erfolgen konnte, vereinbart war, verlangt W. eine Entschädigung von 300 Mark für zwei Monate. Hiervon habe er 80 Mark für geleistete Arbeit erhalten, so daß seine Restforderung noch 220 Mark betrüge. Beklagter giebt den Thatbestand zu und behauptet, er habe den Kläger entlassen, weil er sich geweigert habe, die ihm übertragenen Arbeiten auszuführen, ferner habe ihm der Kläger verschwiegen, daß er eine verkrüppelte Hand habe und dadurch die Arbeiten nicht ausführen konnte. Beide Parteien einigen sich auf 35 Mark die Beklagter zu zahlen hat. —

Arbeiter macht klare Arbeitsverträge a. b. Der Tischlergeselle Fr. verlangt von dem Unternehmer sähne 20.60 Mark Restlohn. Der Beklagte bestreitet die Forderung und behauptet, er sei garnicht Arbeitgeber, sondern der Tischlermeister Wendt. Nach längerem Auseinanderrechnen einigen sich beide Parteien dahin, Beklagter zahlt an den Kläger noch 16 Mark, die Mehrforderung läßt Kläger fallen. —

Der Werkmeister G. befand sich bei dem Kaufmann Bebenoth, der hierorts eine Dampfzischerei besitzt, in Stellung. Vom 10. bis 28. Oktober war G. krank, als er sich am 30. Oktober wieder zur Arbeit meldete, wurde ihm andere Arbeit, als die eines Werkmeisters, angeboten, die er jedoch ausschlug. Kläger verlangt nun für fünf Wochen 160 Mark Restlohn, abzüglich des erhaltenen Krankengeldes, da er nach § 133 e der Gewerbe-Ordnung zur Forderung des Lohnes berechtigt sei. Beide Parteien einigen sich auf 50 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

Ohne Kündigung ist der Kellner M. von dem Restaurateur Gessler entlassen. M. hatte dortselbst das Bier auf Rechnung und verlangt für vierzehn Tage 63 Mark Entschädigung. Der Beklagte behauptet zur sofortigen Entlassung berechtigt gewesen zu sein, denn Kläger habe das Bier wiederholt nicht gereinigt, ferner habe er Tropfbier mit gutem Bier vermischt, den Gästen verschafft. Kläger bestreitet den ersten Fall, im übrigen giebt er zu, Tropfbier allerdings ganz frisch mit verwendet zu haben; es geschähe dies aber überall. Das Gewerbegericht ermäßigt die Forderung des Klägers auf 3 Mark pro Tag, und verurteilt den Beklagten zur Zahlung von 42 Mark, da die Entlassung nicht berechtigt gewesen sei. —

Macht klare Arbeitsverträge a. b. Der Maurer K. verlangt von dem Baugeschäft W. H. H. H. 23.67 Mark Restlohn. Beklagter behauptet, er sei nicht Arbeitgeber, sondern sein Sohn, auch habe er kein Baugeschäft. Der Beklagte wird zur Zahlung der Forderung verurteilt. —

Wegen angeblicher Trunkenheit will der Kellner N. von dem Cafetier Voß (Café Hohenzollern) sofort entlassen werden sein. Er verlangt deshalb für vierzehn Tage 67 Mark Entschädigung. Der Beklagte bestreitet den Kläger entlassen zu haben, er habe nur gesagt, er, Kläger solle nach Hause gehen. Die Zeugen haben zum Teil von der Trunkenheit des Klägers nichts gemerkt, andererseits aber auch nichts von der ausgesprochenen Entlassung. Kläger wird mit seiner Forderung abgewiesen, da er den Nachweis, daß er entlassen sei, nicht erbringen konnte. —

Der Arbeiter R. glaubt an den Restaurateur Kreutz noch eine Lohnforderung von 11 Mark zu haben. 6 Mark

will der Beklagte, da Kläger diesen Betrag noch zu bekommen hat, zahlen. Kläger will aber die ganze Forderung und meint, die ihm früher gezahlten 6 Mark seien Trinkgelber für Mehrarbeit gewesen. Beide Parteien einigen sich auf 7.50 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

Ein sensationeller Prozeß fand in Kassel gegen den Landesrentmeister Barthelmes wegen Unterschlagung von in amtlicher Eigenschaft empfangenen Geldern vor dem Schwurgericht statt und fand durch Verurteilung des Angeklagten zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust seinen vorläufigen Abschluß. Die Angelegenheit hatte ganz besonderes Interesse erregt, da Barthelmes eine in weiten Kreisen bekannte und beliebte Persönlichkeit war und höchstes Vertrauen genoß. Zuletzt war er noch Mitglied des Lokal-Ausschusses für den Gefängnis-Weitzreit um den kaiserlichen Wanderpreis im vorigen Frühjahr gewesen. Bald darauf machte er mit einem Sangesbruder, allerdings auf des letzteren Kosten, eine Reise nach Paris. In der Zwischenzeit waren die Mordthaten des Barthelmes entdeckt und zur Kenntnis seiner vorgesetzten Behörde, der Landes-Direktion, gekommen. Er wurde vom Amte suspendiert, und als sein Versuch, das Debit durch Anleihen bei Freunden zu decken, fehlschlug, stellte er sich selbst der Behörde. Wie der Angeklagte in der Hauptverhandlung angab, datiert sein Vermögensverfall seit 1876 und war verursacht durch frühe Heirat und allerlei Krankheiten in seiner zahlreichen Familie. Er habe nach und nach Darlehen in Höhe von 20,000 Mark aufnehmen müssen. Trotzdem hat er 1890 noch ein Haus gekauft, wovon er sich allerdings eine finanzielle Stellung verschrieben haben will. Das Gegenteil sei indes eingetreten. Dabei ist der Angeklagte aber mit 21,000 Mark in der Lebens-Versicherung versichert gewesen. Die Unterschleife führt er in der Weise aus, daß er eingegangene Gelder unterschlug und nicht buchete, nach der Revision der Kasse aber, die allmonatlich regelmäßig und jährlich einmal außerordentlich stattfand, die Beiträge in das Eingangs-Journal nachtrug. Bei den Einträgen in das Journal fingerte M. die Nummer des Eingangs-Journals. Zu Beginn des neuen Geschäftsjahres nahm er aus den den ersten Tagen des Januar bei der Landesrentlei eingehenden großen Geldebeträgen — täglich etwa 100,000 Mark — die fehlenden Beträge und legte diese in die Kasse des abgelaufenen Geschäftsjahres, wodurch dieselbe stets stimmte. M. war seit 1891 Landesrentmeister und erhielt zuletzt ein Jahresgehalt von 4200 Mark sowie 3000 Mark Dienstauswandsgehalt und 1500 Mark Wohnungsgeld. Ferner war er Revisor der Waisenhauskasse, wofür er 600 Mark jährlich erhielt und Rentant der Lutherischen Gemeinde, welches Nebenamt mit 1200 Mark dotiert war. Von letzterem Vertrage will M. allerdings 700 Mark Barauslagen gehabt haben. Zur Deckung der Unterschlagungen sehen dem Bezirksverbande etwa 13—14,000 Mark aus M.s Vermögen zur Verfügung. Die Geschwornen billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Es wurde übrigens festgestellt, daß noch ein weiteres Verfahren gegen M. schwebt, weil er Kapitalabträge auf Darlehen der Landesrentkassen, die in barem Gelde geleistet worden, für Obligationen, die unter paritätischen, eingetauscht, und als ihm von den Schuldnern eingeliefert in die Kasse gelegt hat. Er kaufte jährlich bei hiesigen Bankhäusern bis zu 20,000 Mark Obligationen zu gedachten Zwecke. Auch giebt er zu, für Ankäufe von Landesrentkassen-Obligationen von einem Bankhaus Provision erhalten zu haben. —

Bermischte Nachrichten.

Ein furchtbares Verbrechen ist im Transbaikal-Gebiet von Chinesen begangen worden. Dort stehen sich Chinesen und Russen schon seit einiger Zeit feindlich gegenüber und die Chinesen veräumen keine Gelegenheit, wenn es gilt, den russischen Eindringling an Leib und Leben zu schädigen.

Ueber einen kirchlich von Chinesischen Arbeitern in der Niederlassung von Schwinn vorgekommenen Massenmord wird gemeldet: Von der Niederlassung Schwinn war der wohlhabende Kosak Iwanow nebst seinem Sohne in ein benachbartes Dorf gefahren. Als sie zurückkamen, bot sich ihnen ein grausiges Bild. In der Wohnung waren die Frau, die Tochter, ein Lehre, zwei bekannte Schüler, zwei Theekünder, eine zu Besuch anwesende Frau und noch zwei fremde Personen sämtlich ermordet. Nur der vierjährige Sohn und ein Säugling in der Wiege sind am Leben geblieben. Die Urheber des furchtbaren Verbrechens waren Chinesen, die bei Iwanow als Arbeiter dienten. Sämtliche sind entflohen, sieben der Mörder sind aber bereits eingekerkert worden. —

Der Mädchenhändler Herrmann Wahr ans Galizien wurde am Sonntagabend in Budapest verhaftet, als er mit einem Transport von 25 Mädchen nach Konstantinopel abreifen wollte. Wahr, der in Budapest ansässig ist, exportierte jährlich mehrere hundert Mädchen nach Konstantinopel, wo sie in Galata öffentlich für Beträge von 400—1500 Mark, je nach Schönheit, veranktioniert wurden. Die Mädchen wurden als Kaffierinnen oder Stubenmädchen mit großem Gehalt engagiert — jenseit der Grenze erfahren sie dann die Wahrheit. Wahr hatte zahlreiche männliche und weibliche Agenten und ein vollständig eingerichtetes Bureau. Die Firma an der Thür lautete: Wahr, Exporteur für den Orient. —

Der großmütige Ferdinand. Dieser Tage machte die Meldung die Runde durch die Blätter, daß Fürst Ferdinand in Anbetracht der schenlichen Finanzlage seines Reiches großmütig auf die Hälfte der nächstjährigen Civilliste Verzicht geleistet habe. Auf den ersten Blick hat ja diese bei seinen Kollegen sicher wenig Nachahmung findende Handlungsweise des Koburgers etwas Besprechendes und man ist versucht, der Versicherung der offiziellen Blätter Glauben zu schenken, daß diese Verzichtleistung im Lande großen Eindruck gemacht habe. Bei näherem Zusehen stellt sich die Sache doch etwas weniger gefährlich heraus und der offiziöse Glorioschein verblaßt zusehends. Man liest da: „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe,“ hat Fürst Ferdinand in Rücksicht auf die schlechte Finanzlage auf die Hälfte seiner Civilliste Verzicht geleistet. Man hatte auf ein ähnliches Opfer in Bulgarien schon längst gewartet, aber der Koburger ließ sich nichts merken. Da die Geld-Kalamität nun so weit gediehen ist, daß den Beamten ihr Gehalt um 7 Prozent verkrürzt ist und ihnen 25 Prozent mit der Russen sich auf Wiedererstattung abgezogen werden sollen; konnte der Fürst nicht umhin, ebenfalls mit einzuspringen. Bisher pflegte er nicht nur die eigenen Taschen festzuhalten, sondern er nahm auch, wo es irgend möglich war, den Staatsäckel in Anspruch und hat dadurch viel böses Blut gemacht. Nach seiner Vermählung ließ er sich nicht ohne Mißvergnügen der Kammer seine Civilliste auf eine Million Frank erhöhen, jetzt bezieht er bar 1 300 000 Frank, wovon er noch nicht 50 000 Frank für wohlthätige Zwecke jährlich ausgeben soll. Seine Reisen im Innern gehen auf Staatskosten, ja früher ließ er sich sogar die Sonderzüge für seine Auslandsreisen bezahlen, weshalb er selbst seinen Vordereisen eine kleine politische Färbung gab. Als die Fürstin nach ihrer ersten Entbindung schwer erkrankte, mußte der Staat die ärztlichen Honorare usw. in Höhe von 120 000 Frank tragen. Aber das Schlimmste hat der sparsame Herr doch nach seiner Verlobung geleistet: die Krone, die er der Prinzessin als Brautgebilde schenkte und die 250 000 Frank kostete, wurde von einem zweimonatlichen Gehalts-Abzuge sämtlicher Staatsbeamten in Höhe von fünf Prozent bezahlt! Dabei hatte ihm Stambulow schon im Jahre 1893 einen Bericht des Finanzministers überreicht, der die Geldlage des Landes mit Recht in den düstersten Lagen schilderte. —

Wenn Prinzessinnen reisen. Das russische Kaiserpaar hatte bei seinem Aufenthalt in Deutschland bekanntlich die drei kleinen Prinzessinnen bei sich, welche auch die

Kleines Gemälde.

Der Elektromotograph. Eine neue Erfindung Edisons, der Elektromotograph, wird im Pariser Electricien zum ersten Male ausführlich beschrieben, so daß man sich ein Bild von der erstaunlichen Leistungsfähigkeit des Apparates machen kann, der wieder einmal eine geniale Leistung des berühmten Erfinders zu sein scheint. Der Elektromotograph hat den Zweck, in einem Telephon die Tonstärke so zu erhöhen, daß das gesprochene Wort oder die andern vermittelten Töne von einer großen Zahl von Personen gleichzeitig gehört werden können. Vor einigen Monaten wurde aus Paris bereits eine ähnliche Erfindung angekündigt, die jedoch den Anforderungen nicht ganz zu genügen schien. Der Edison'sche Apparat hat die folgende Anordnung: Auf einem rotierenden Cylinder ist eine Masse von Kalk, Natriumhydrat und etwas effigrauem Quecksilber aufgetragen. Der Cylinder gleitet während seiner Bewegung über ein Platinplättchen, das in der Mitte einer dünnen Glimmerscheibe befestigt ist. In den Cylinder wird von dem sendenden Telephon ein Strom geschickt, der durch die auf den Cylinder geführte Mischung hindurch auf das Platinplättchen übertritt und dann zum Telephon zurückkehrt. Die Bewegung des Platinplättchens und damit auch der Glimmerscheibe ändert sich mit der Stärke der Anziehung, die der sich drehende Cylinder auf das Platin ausübt, diese Anziehung aber wechselt ihrerseits mit den Schwankungen des von dem Telephon ausgehenden elektrischen Stromes, der wiederum abhängig ist von den Schwingungen, in die die Scheibe des Telephons durch die Schallwellen der menschlichen Sprache oder anderer Töne versetzt wird. Die Bewegungen der einzelnen Teile des Apparates erfolgen vollkommen gleichzeitig und in gleichem Sinne und daher erzeugt sich das gesprochene Wort an der Empfangsstation durch die Bewegung der Glimmerscheibe von neuem. Außerdem kann die Stärke des wiedergegebenen Wortes verändert werden, je nachdem man den beschriebenen Cylinder schneller oder langsamer rotieren läßt. Der Elektromotograph erscheint nach dieser Beschreibung als ein so einfacher Apparat, daß er zweifellos, wie so viele andere Erfindungen Edisons, eine große Verbreitung finden wird. —

Vom „Spezialkorrespondenten“. Ein Pariser Blatt schreibt: Die Scene geht vor sich hinter den Buttes-Chaumont, keinen Anhöhen im nordöstlichen Paris. Englische Soldaten, weithin kenntlich an ihren roten Uniformen, nehmen einen Hügel im Sturm. An ihrer Spitze reitet ein General, der sie durch Junge und Weiber anfeuert. Oben auf dem Hügel steht sich ein Boerenspeer, um zwei Kanonen geschick, gegen die Angreifer zur Wehr. Plötzlich beginnt der englische General zu wanken, er fährt mit der Hand zur Brust, sinkt zusammen und fällt von seinem Pferde herab. Die Soldaten eilen ihm zur

Hilfe, heben ihn auf und tragen ihn vom Schlachtfelde fort. . . . Was geht da vor? fragen die Spaziergänger überrascht und bleiben stehen. Was haben diese Boeren und Engländer auf dem Buttes-Chaumont zu thun? Und siehe da, der verwundete General steht auf und geht einher wie jeder andere auch. . . . Es sind einfache Leute, die vor — dem Photographen posieren. Eine illustrierte Zeitung jähle die Verpflichtung, ihren Lesern einige Episoden aus dem Kriege in Transvaal im Bilde vorzuführen, und ein feinspüriger Photograph hat diesen Wunsch ersehen, um ihr dazu zu verhelfen. Er mietet sich Leute, stellt sie in englische und Boeren-Uniformen, stellt sich nach einem für militärische Operationen geeigneten weiten Terrain um, zieht mit Wasser und Troß dorthin, stellt seine beiden Armeen gegen einander auf, und — der Kampf kann beginnen. Nimmere legt er sich mit seinem Apparat in den Hinterhalt und nimmt von den „Hauptwendungen des Kampfes“ Momentbilder auf, die er dann seiner Zeitschrift übermitteln. Von dieser werden sie nun mit der sensationellen Unterzeichnung „Tod des General Symons“, nach einer Photographie unierer „Spezialkorrespondenten“ publiziert. Zweifellos werden sie so „echt“ aussehen, daß den naiven Lesern ein Schauder überläuft. —

Agriatische Hungerleider. Wie „Kollektende“ darben, veranschaulicht eine Tischkarte, welche gegenwärtig in einem Schaufenster unter den Linden zu Berlin die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich lenkt. Diese Tischkarte ist geziert von dem Bildnis des Fehrn. Konrad von Wangenheim, des Vorsitzenden des „Bundes der Landwirte“; der Text lautet: Bund der Landwirte. Provinz Pommern. Berlin, den 13. Februar 1899. Ochsenschwanz-Suppe. Kraftbrühe mit Rindermark. — Frischer Hummer mit Nennonsunde. — Hammelfleisch, garniert auf königliche Art. Rinderbrust mit Meerrettig. — Pastete auf Toulouser Art. — Fälscheln in Casserole. Franz. Boullarde. Salat und Kompost. — Prinz Pilsner-Bombe. — Käse. — Früchte. — So das trodene Gedek. Was an Ehre und Mabeita, Mheins und Maselwein, Bordeaug und Selt aufgefahren wurde, um das kirgliche Wahl zu beschenken, ist zwar nicht zu erkennen, aber doch zu erraten aus der Speisensolge. Das apostrophe Diner hat am 13. Februar 1899 in Berlin stattgefunden. In demselben Tage hat der Bund der Landwirte seine große Parade im Circus Busch abgehalten. In diesen Circus-Versammlungen bildet den Reiz aller Reden die Klage, wie kümmerlich die Agriatier ihr Dasein fristen müssen. Die Tischkarte bildet die Illustration dazu. —

Ein freikundiges Theaterorchester. Man schreibt der Reichswehr aus Linz: Das gesamte Orchesterpersonal des landständlichen Theaters ist in den Streit getreten. Die Veranlassung hierzu ist die Absicht des Direktors Cavar, sein aus dreißig Mitgliedern bestehendes

Orchester für die bevorstehenden „Mheingold“-Aufführungen durch Militärmusiker zu verstärken. Die Orchestermitglieder, welche gesonnen sind, die härtesten Konsequenzen zu ziehen, haben sich telegraphisch an das Präsidium des Oesterreichisch-ungarischen Musikerverbandes in Wien um Intervention gewendet. Sie verlangen, daß die Ergänzung des Orchesters ausschließlich durch Civilmusiker erfolge. Ingleich haben sie an den Theaters-Direktor ein längeres Schreiben gerichtet, in welchem sie unter anderem erklären: „Die projektirte Mitwirkung der Militärmusiker bei der Oper „Mheingold“ zwingt uns, dagegen Stellung zu nehmen und zu erklären, daß das Theaterorchester beschlossenen hat, unter keinen Umständen mit Militärmusikern zusammen zu spielen, und würden wir auf unserer Entlassung bestehen müssen.“ —

Eine gemüthliche Anführung. Man schreibt aus der Pfalz: „Zwei Litter Neuen als Vuhführung ist nicht schlecht, echt zeitgemäß.“ So dachte der Bauer Sepp in Sulzhelm, der etwas schwerhörig ist, beim großen Beichttag in den letzten Tagen und begab sich, nachdem er in der Kirche sein pater peccari beendet, ohne Säumen ins nahe Gasthaus, um sofort seiner Buhpflicht zu genügen. In frohmer Betrachtung sah er in einer Ecke des Nebenzimmers und lag ohne Murren seinem Buhwerk ob, als plötzlich eine Stimme im Hause laut sich vernahmen ließ. Die Thür flog rasch auf und herein trat sein Weib, das ihn ob seines sträflichen Wandels mit Vorwürfen überhäufte. „Dah mich in Ruhe“, rief ihr der eifrige Buhler entsetzt zu, „habere mit dem Herrn Pfarre.“ Er hat nur heute zwei Liter Neuen zur Buhpflicht gemacht.“ Ob dieser neuen Buhart mißtraulich, zieht uniere tapfere Hausfrau Erkundigung ein und es ergibt sich zur allgemeinen Heiterkeit, daß die Buhführung lautet: „Zwei Litaneren!“

Weiteres.

Geschäftsgeist. Moritzche, spielst Du mit uns Feuerwehr? — Ja. Ich werd aufnehmen die Feuerversicherungen! —
Kleines Mißverständnis. Frau (zur weinenden Köchin): Sagen Sie, Nanni, wo liegt denn eigentlich die Ursache Ihres Grams? Nanni: Bei der 14. Kompanie! —
Schwieriges Deutsch. Bureauchef (zum faulen Schreiber): Thean S do net allewei so, als ob S was thoon thanten — Sie thaan ja do nich! —
Nuch ein Arrangement. Vater: Ich habe ja nichts gegen Deine Verbindung mit dem Professor, nur mühte er sich erst mit seinen Gläubigern arrangieren! Tochter: Ist bereits geschehen, Papa, er hat sie alle an Dich angewiesen! —

Reise nach Potsdam mitmachen. Damit die Prinzessinnen unterwegs stets frische Milch bekommen konnten, wurden in einem der elf Wagen des russischen Hofzuges zwei Holländer Kühe mitgeführt. Der betreffende Wagen ist vollständig als Kuhstall eingerichtet, Fußboden und Wände sind mit weißblauen Metallblechen belegt und es herrscht blühende Sauberkeit darin. Frisches Grünfutter wurde nach Bedarf an den einzelnen Stationen eingenommen, bei denen es im Voraus telegraphisch bestellt wurde, und die Kühe befanden sich anscheinend ganz wohl dabei. Bei der Ankunft des Hofzuges in Potsdam erregte es unter den am Bahnhof anwesenden Personen keine geringe Verwunderung, als gerade im Augenblicke der feierlichen Begrüßung aus dem hintersten Wagen des russischen Hofzuges ein kräftiges „Muh“ ertönte.

Einiges über Zahnhygiene.

Schon wiederholt ist das Kapitel der Schulhygiene von Zahnärzten, Ärzten und Lehrern erörtert worden, und es ist bereits soweit gekommen, daß in einigen größeren Städten Schulkinder beiderlei Geschlechts zahnärztlich untersucht werden. Bei diesen Untersuchungen hat sich die Thatsache herausgestellt, daß die Zähne der heranwachsenden Generation bis zu 90 Prozent vom Zahnfests befallen sind und zwar gerade zu der Zeit, wo alle Teile des Körpers in der Entwicklung begriffen sind. Die Ursachen für diesen Verfall solcher wichtiger Faktoren unseres Organismus sind in folgenden Uebelständen zu suchen: in den Bodenverhältnissen, dem Klima, der Lebensweise, in der Ernährung und, nicht zu vergessen, in der ungenügenden Behandlung und Würdigung der Zähne seitens der Eltern, Erzieher und Kinder selbst.

Obwohl auf allen Gebieten der Hygiene schon allerlei Maßregeln seitens der Schule getroffen sind, ist die Hygiene der Zähne bisher ganz und gar außer Acht gelassen worden. Und doch ist es wohl zu beachten, daß gerade die ansteckenden Krankheiten wie Diphtherie u. a., die bei einer Epidemie die Kinder reihenweise befallen, nur durch die Ausdünstungen der unreinen, vernachlässigten Mundhöhlen verschleppt werden. In solchen Mündern nämlich findet die Infektion den geeigneten Boden zur Entfaltung ihrer mörderischen Arbeit.

Es wäre daher ein Segen für die heranwachsende Jugend, wenn einige Schulzahnärzte angestellt würden, die sämtliche die Gemeindeschulen besuchenden Kinder in bestimmten Zwischenräumen zu untersuchen haben. Und zwar müßten die Kinder jährlich viermal untersucht werden; von dem jedesmaligen Ausfall der Untersuchung müßten dann die Eltern unterrichtet werden, und es müßte ihnen sodann freigestellt werden, die nötigen Hilfeleistungen privatim oder durch für diesen Zweck einzurichtende Anstalten ausführen zu lassen. Liegt es doch auf der Hand, daß die Folgeerscheinungen schlechter Zähne auf den zarten Organismus des heranwachsenden Kindes bedeutend verderblicher wirken müssen, als auf einen ausgewachsenen Menschen. Wie ist es möglich, daß ein Kind in geistiger und körperlicher Hinsicht kräftig sich entwickle, wenn es von Zahnschmerzen wochenlang geplagt wird und nicht im stände ist, seine Nahrung genügend zu kauen? Man belehre deshalb die Kinder schon in der Schule über den Nutzen gut erhaltener Zähne und halte bereits die Schulkinder zu einer ordentlichen Zahn- und Mundpflege an. Die trockene Belehrung allein wird jedoch nichts nützen, wenn den Kindern nicht gleichzeitig durch Anstellung von Schulzahnärzten die Gelegenheit geboten wird, die erhaltenen Lehren zu befolgen. Ein solches Kind, das regelmäßig zum Zahnarzt geht und auf die Zahnpflege achtet, wird selten in die Lage kommen, sich einen bleibenden Zahn ziehen zu lassen und Verdauungsstörungen durch frante Zähne erdulden oder später künstliche Zähne tragen zu müssen. In gleicher Weise würde die Anstellung von Armenzahnärzten auf die Zahnhygiene des Volkes von günstigem Einfluß sein. Naturgemäß entbehrt doch am meisten der Arbeiter sowohl des Verständnisses als auch der Mittel, um seinen Mund pflegen zu können und dafür zu sorgen, daß seine Mundhöhle nicht die Brutstätte ansteckender Krankheitsreger ist. Daher kommt es, daß die Bäcker, die Bleiarbeiter und andere Berufszweige mehr, deren Beschäftigung

an und für sich mit der Schädigung der Zähne einhergeht, erst dann merken, wie wichtig eine sorgsame Mundpflege ist, wenn sie Schmerzen und dauernden Verlust der Zähne erworben haben. Durch eine gesundheitliche Ueberwachung der Zähne und des Mundes durch von Zeit zu Zeit vorzunehmende Untersuchungen würde jedenfalls diesem Uebelstande leicht Abhilfe geschaffen werden können.

Wenn auch die geforderten Einrichtungen anfangs schwer durchzuführen sind, so dürfte die fortschreitende Gemeinhygiene und die mit dem allgemeinen Interesse der Bürger betraute städtische Verwaltung doch Mittel und Wege finden, ihrer Ausführung nahe zu treten. Wenn erst die Stadt einmal den Anfang damit gemacht hat, dann wird sie durch Schenkungen und Stiftungen, welche bisher der Zahnheilkunde nur deswegen vorenthalten sind, weil die Wichtigkeit einer rationellen Zahn- und Mundpflege und der Zusammenhang einer kranken Mundhöhle mit den Erkrankungen des Gesamtorganismus noch nicht annähernd genügend gewürdigt sind, wohl bald entlastet werden. Damit aber würde auch eines der erstrebenswertesten Ziele, die Erhaltung zahnärztlicher Krankenanstalten, seiner Verwirklichung erheblich näher rücken.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend, den 11. d. Mts., tagte in der „Krone“ (Alte Menstadt) die Versammlung des **Ortsvereins der Handschuhmacher Deutschlands**. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten schritt man zur Abstimmung über die vom Vorstand Otto Wasner in Suitzart aufgestellten drei Fragen, welche folgendermaßen lauten: Sind die Mitglieder damit einverstanden: 1. Daß an solche Kollegen, die infolge der zur Abschaffung der Haus- sowie sogenannten Filialarbeit getroffenen Maßnahmen arbeitslos werden, eine weitergehende Unterstützung, als den Arbeitslosen sonst zusteht (Nutzungsstellen u. dergl.), gezahlt werden können? 2. Daß diese Unterstützung auf sämtliche zur Zeit vorhandenen Haus- und Filialarbeiter ausgedehnt wird? 3. Daß jedem Mitglied verboten wird, jernerhin zu dieser Arbeitsweise überzugehen und Zuwiderhandelnde aus dem Verband auszuschließen sind? Diese 3 Punkte wurden von sämtlichen anwesenden 60 Mitgliedern durch Abstimmung angenommen. Hierauf wurde die Magdeburger Lohnfrage erörtert. Durch die Abschaffung der Ueberlieferungsarbeit, welche seit dem 1. Oktober durchgeführt ist, war eine Lohnaufbesserung notwendig. Es wurde von der hiesigen Ortsleitung ein Tarif ausgearbeitet, welcher durch die Fabrikkommissionen den Fabrikanten überreicht wurde. Das Ergebnis war, daß uns von Seiten der Fabrikanten ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Tagend Handschuh zugesagt wurde, und soll dieser Zuschlag schon vom Montag, den 13. Oktober, an bezahlt werden. Die Mitglieder erklärten sich vorläufig damit einverstanden, beschloßen jedoch, an dem aufgestellten Tarif festzuhalten und bei der nächsten günstigen Zeit mit den Forderungen hervorzutreten.

Am Dienstag, den 7. November, tagte in Müllers Lokal, Tischler- und Klempnerstraße, die regelmäßige Mitgliederversammlung des **Verbandes Deutscher Zimmerer**, Bezirksstelle Magdeburg. Es erfolgte zunächst die Wahl des ersten Vorsitzenden, ferner die Wahl eines Mitgliedes zur Agitationskommission. Unter Verhandlungsangelegenheiten fand ein Antrag Annahme, wonach bei Todesfällen von Mitgliedern der Vorstand in der Volksstimmung hiervon Todesanzeige mit der Beerdigungszeit zu erlassen hat, vorausgesetzt, daß derselbe rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt wird; ferner soll jedem Verstorbenen ein Nachruf in der Volksstimmung gewidmet werden. Ein Antrag, 5 Prozent der Einnahme von nächstem Jahr ab dem Vorstand zu bewilligen, soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden; ebenso ein Antrag, die Postportale mit Beitragsmarken zu versehen. Unter Verschiedenes wurden noch die Mitglieder bekannt gegeben, welche ihre Generalfondsarten abgegeben hatten.

Donnerstag, 16. November:
Arbeiter-Gesangverein Einigkeit Magdeburg. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.
Witwenkinder Männerchor. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Uebungsstunde in der „Hoffnung“, Große Diederichstraße 201.
Musik-Verein „Concertina“ Magdeburg-Neustadt. Jeden Donnerstag abends von 8-10 Uebungsstunde bei Gottfried Reinken, Schmidtstr. 21.
Stadtklub „Zirkel“ Neustadt. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Stabend im Lokale des Herrn Albert Hölte, Morgenstr. 30.
Nabfahrlub „Saur“. Jeden Donnerstag abends Vereinsabend im „Luisenpark“.
Nabfahrlub „Stern“. Jeden Montag und Donnerstag Saalfahren.
Sudenburg Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde im „Deutschen Hof“.
Sudenburg Arbeiter-Gesangverein „Liederkreis“. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Uebungsstunde bei Rosche, Braunschweigerstr. 2a. Mitglieder werden aufgenommen.
Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“, Al.-Ottersleben. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Uebungsstunde bei Restaurateur Wylus

Neuhaldensleben. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“ Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei W. H. Herzog. In jeder Uebungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.
Nabfahrlub „Falk“ in Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren im „Hofjäger“.

Viehmarkt.

Magdeburg, 14. Novbr. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.)
Austrieb 142 Rinder einsch. 19 Bullen, 207 Kühe, 108 Schafvieh zc., 1120 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 34-36 M., b) junge fleischige 31-33 M., c) mäßig bis gut genährte 29-31 M., d) gering genährte 27-28 M.
Bullen: a) vollfleischige 31-33, b) mäßig bis gut genährte 28 bis 30 M., c) gering genährte 24-27 M. Färsen und Kälber: a) vollfleischige Färsen — M., b) vollfleischige Kühe 28-29 M., c) ausgemästete Kühe 26-27 M., d) mäßig genährte 24-25 M., e) gering genährte 21-23 M. Kälber: a) feinste Mast- 42-46 M., b) mittlere 34-41 M., c) geringe 25-33 M., d) ältere, gering genährte — M. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 29-31 M., b) ältere Mastlamm 24-28 M., c) mäßig genährte 20-24 M. Schweine: a) vollfleischige 49 M., b) fleischige 48-49 M., c) gering entw. 47-48 M., d) Sauen und Eber 40-45 M. bei 40-50 Pfund Tara das Stück, (schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara, Tendenz: mittelmaßig. Ueberstand: 30 Rinder, 6 Kühe, 20 Schafe, 60 Schweine.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.				
Ort	13. Nov.	14. Nov.	15. Nov.	16. Nov.
Elbe				
Strahfurt	+ 1.05	+ 1.10	—	—
Trotha	+ 1.74	+ 1.70	0.04	—
Asleben	+ 1.50	+ 1.56	—	0.06
Bernburg	+ 1.17	+ 1.18	—	0.01
Salze, Oberpegel	+ 1.52	+ 1.52	—	—
do. Unterpeg.	+ 0.50	+ 0.60	—	0.10
Mulde				
Dessau	+ 0.15	+ 0.15	—	—
Muldebrücke	—	—	—	—
Saale				
Hier, Eger, Mosbau.				
Jungbunzlau	+ 0.06	+ 0.06	—	—
Lann	- 0.20	- 0.16	—	0.04
Budweis	+ 0.04	+ 0.17	—	0.13
Prag	- 0.18	- 0.01	—	0.17
Saale				
Yardubitz	- 0.07	0.00	—	0.07
Brandeis	- 0.02	- 0.08	0.06	—
Melmitz	- 0.40	- 0.38	—	0.02
Leimertitz	- 0.27	- 0.18	—	0.09
Mücheln	—	- 0.08	—	—
Dresden	- 1.34	- 1.27	—	0.07
Torgau	+ 0.60	+ 0.55	0.05	—
Wittenberg	—	—	—	—
Naßlau	+ 0.84	+ 0.68	—	0.04
Barby	+ 1.00	+ 1.02	—	0.02
Schönebeck	+ 0.77	—	—	—
Magdeburg	+ 1.10	+ 1.13	—	0.03
Langensalza	+ 1.50	+ 1.50	—	—
Wittenberge	+ 1.22	+ 1.22	—	—
Blitz, Pegel	+ 0.66	+ 0.66	—	—
Lauenburg	+ 0.77	+ 0.77	—	—
Saale				
Ober.				
Brandenburg	+ 2.14	+ 2.19	—	0.05
do. Unterpegel	+ 1.19	+ 1.21	—	0.02
Oberr.				
Koel	+ 0.93	+ 0.91	0.02	—
Oberpegel	+ 4.38	+ 4.49	—	0.10
do. Unterpegel	+ 1.64	+ 1.90	—	0.26
Breslau Oberpeg.	+ 5.06	+ 4.86	0.20	—
do. Unterpegel	- 0.50	- 0.82	0.32	—
Frankfurt	+ 1.12	+ 1.12	—	—
Kaßrin	+ 0.68	+ 0.69	—	0.01
Warthe				
Bosen	+ 0.38	+ 0.36	0.02	—
Kaßrin	+ 0.15	+ 0.15	—	—

Briefkasten.

W. A. Die Redaktion kam zu spät in den Besitz Ihrer Mitteilungen. Die Sache war dadurch veraltet. Wie Sie aus der gestrigen Nummer ersehen können, schämen wir Ihre Mitarbeit; in vorliegendem Falle aber hatten wir leider keine Verwendung mehr für die Notizen.
B. S., Neustadt. Auch die Eile entschuldigt es nicht, daß Versammlungsberichte mit Bleistift geschrieben werden. Die Berichte sollten eben so geschrieben sein, daß sie keiner Umarbeitung mehr bedürfen.
S. v. S. Das Gebicht ist uns bekannt, im anderen Falle hätten wir ja doch wohl kaum ein Urteil über dasselbe fällen können.

Schuhwarenhaus Bernstein in der Exped. der Magdeb. Zeitung Breiteweg 6, schrägüb. d. Hauptpost 5 Prozent Rabatt.

Burg Schartauerstraße 49 Burg
August Lüdecke
Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderoben-Geschäft.
Empfehle preiswert:
Winter-Baletts und Winter-Zoppen in allen Farben, Knaben-Mäntel, wollene Jagdwesten, Unterjaken, Unterhosen, Normalhemden, Barchenthemden, weiße Wäsche, Krawatten und Hosenträger.
Anfertigung nach Maß, in eigener Werkstatt bei billigster Preisberechnung und voller Garantie für guten Sitz. 3148
Bei Bedarf bitte mich berücksichtigen zu wollen.

Lischers Herrn. Vorstel. Elisabeth, T. d. Barbiers u. Friseurs Alb. Sauerzweig.
Todesfälle: Viktor Pulver, Eisenb.-Betriebsr. 46 J. 9 M. 23 T. Gertrud, T. d. Arb. W. H. Wöhler, 12 J. Johanne, geb. Niche, Wwe. d. Maurers Friedrich Freisler, 68 J. 29 T. Heinrich Schramm, Privatm., 80 J. 5 M. 11 T. Johanne, geb. Polzsch, Wwe. d. Handelsm. Gottfr. Uhlisch, 78 J. 8 M. 26 T. Frieda, T. d. verft. Sattlers Franz Pradel, 2 M. 16 T. Anna, T. d. Schmieds Adalb. Macowiat, 14 T. Wilhelm, S. d. Juweliers Adolf Hoehnel, 9 M. 17 T. Andreas Karsten, Arb., 69 J. 9 M. 4 T. Elisabeth, T. d. Tischlers Heinrich Kampfenel, 5 J. 10 M. 7 T. Walter, S. d. Schmieds Franz Wipfle, 1 J. 9 M. 1 T. Friedrich Haupt, Kaufm., a. Berlin, 26 J. 5 M. 18 T.

Schlösser Josef Zebler mit Hulda Marie Geisler.
Aufgebote: Tischler Paul Alfred Herrn. Döring mit Minna Hartmann.
Eheschließung: Tapes, Jos. Scholz mit Dorothee Kirchner.
Geburten: Wanda, T. des Arbeiters Herrn. Wolf, Hedwig, T. des Schneiders meisters Hermann Köhler. Ernst, S. des Arb. Gottlieb Deite. Bruno, S. des Tischl. August Knaut. Fritz, S. des Brauers Franz Warthel.
Todesfälle: Elise, T. des Formers Paul Berner, 1 M. 17 T. Ehefrau des Jungen. Erhard Fischer, Wanda geborne Weder, 42 J. 1 M. 4 T.

Sehenswürdigkeiten.
Der Dom mit seinen Reliquien.
Städtisches Museum (Domplatz): Un-angekündigt geöffnet an Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr.
Stadtbibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10-2 Uhr.
Grusonische Gewächshäuser im Friedrich Wilhelm's Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachm. bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg. schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. An Sonntagen geöffnet von vorm. 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. In jedem ersten Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vorm. 30 Pfg., nachm. 10 Pfg.
Heinrichshofen'sche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.
Albert Rathes Kunsthandlung und Gemälde-Ausstellung (Breiteweg Nr. 196/97). Permanente Kunst-Ausstellung für Aquarelle, Handzeichnungen und Radierungen.
Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz.
Denkmäler: Oberbürgermeister Franke, Haselbach-Brunnen, Luther, Friesen-Basildow, Zimmermann.

Standesamt.
Magdeburg, 14. November.
Aufgebote: Tischler Karl Friedrich hier mit Anna Klaus in Neustadt. Roland in Neustadt mit Louise Minna Feine in Klein-Ottersleben. Maler Otto Trendt hier mit Margareta Rhy in Ujdersleben. Klempnermeister Paul Liche in Mühlitz mit Elisabeth Hepprich in Buzau. Brovisions-Reisender Herrn. Köbber mit Ida Koch hier. Arb. Stephan Schwedt mit Pauline Manife, geb. Reune, hier. Zuschneider Ernst Andreas Barheine in Bernigerode mit Dorothee Friederike Luise Reune in Hornhausen.
Eheschließungen: Schriftl. Max Schröter mit Mathilde Riehe hier. Kaufm. Karl Buechardt in Bschlau mit Emma Hoffmann hier. Leitungsaufst. Josef Herzog mit Bertha Sahn in Königserode. Buchb. Friedr. Reingruber hier mit Anna Lang-hoj in Zerbst.
Geburten: Elisabeth, T. d. Tischlers Adolfer Franz Bernede mit Katharine Bau-meister hier. Viktualienhbl. Ludwig Born mit Bertha Sahn in Königserode. Buchb. Friedr. Reingruber hier mit Anna Lang-hoj in Zerbst.
Geburten: Elisabeth, T. d. Tischlers Adolfer Franz Bernede mit Katharine Bau-meister hier. Viktualienhbl. Ludwig Born mit Bertha Sahn in Königserode. Buchb. Friedr. Reingruber hier mit Anna Lang-hoj in Zerbst.
Geburten: Elisabeth, T. d. Tischlers Adolfer Franz Bernede mit Katharine Bau-meister hier. Viktualienhbl. Ludwig Born mit Bertha Sahn in Königserode. Buchb. Friedr. Reingruber hier mit Anna Lang-hoj in Zerbst.

Sudenburg, 14. November.
Geburten: Frieda, T. des Arbeiters Hermann Rohde. Hedwig, T. des gepr. Fotomotivheizers Hubert Claudi. Helene, T. des Arbeiters Heinrich Pulver.
Todesfälle: Friederike geb. Reinitz, Witwe des Privatmanns Matthias Lichensberg, 75 J. 9 M. 7 T. Karl Sablich, Arb., 45 J. 11 M. 6 T. Margarete geb. Jordan, Ehefrau des Maurermeisters Max Behrend, 38 J. 10 M. 24 T.
Wutau, 14. November.
Geburt: Meta, T. des Arb. Martin Wagnia.
Todesfälle: Dreher Wilhelm Zander, 56 J. 2 M. 26 T.

Neustadt, 14. November.
Aufgebote: Korrespondent Wilhelm Strümpel in Burg mit Margarete Stöpel.

Neuhaldensleben.
Aufgebote: Bezirksfeldw. A. Förster hier mit S. E. W. F. Frmer in Biederig.
Geburten: 7. Novbr.: Arbeiter K. Schmidt eine Tochter. 6. Novbr.: Selbstgelehrter S. Jordan ein Sohn.
11. Novbr.: Arbeiter A. Stange Zwil.-Töchter.
Todesfälle: 10. Novbr.: Frieda, T. des Arbeiters A. Kolbe, 3 M. 5 T.
11. Novbr.: S. des Schneiders C. Eberhardt, 2 M. 8 T.